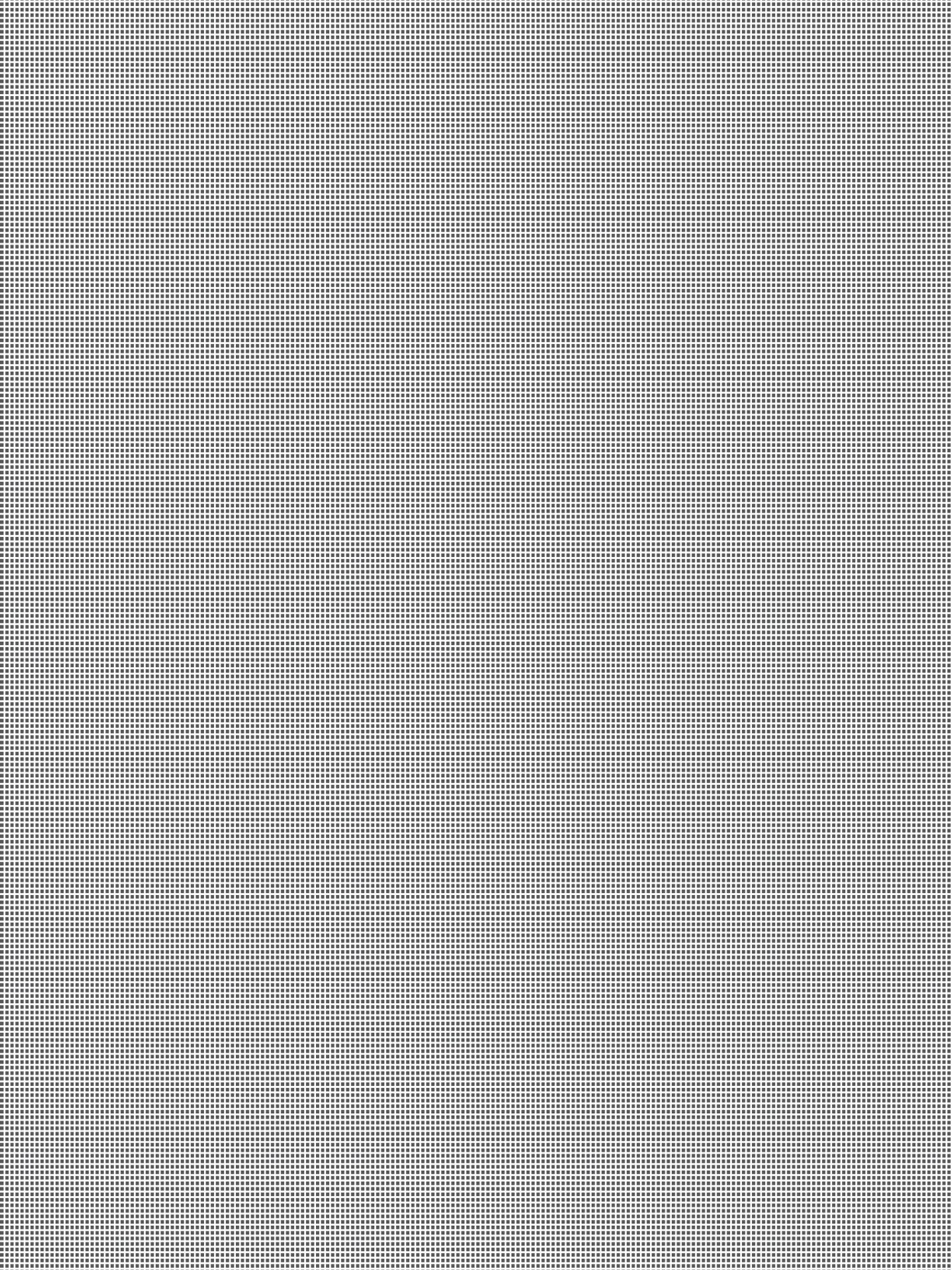


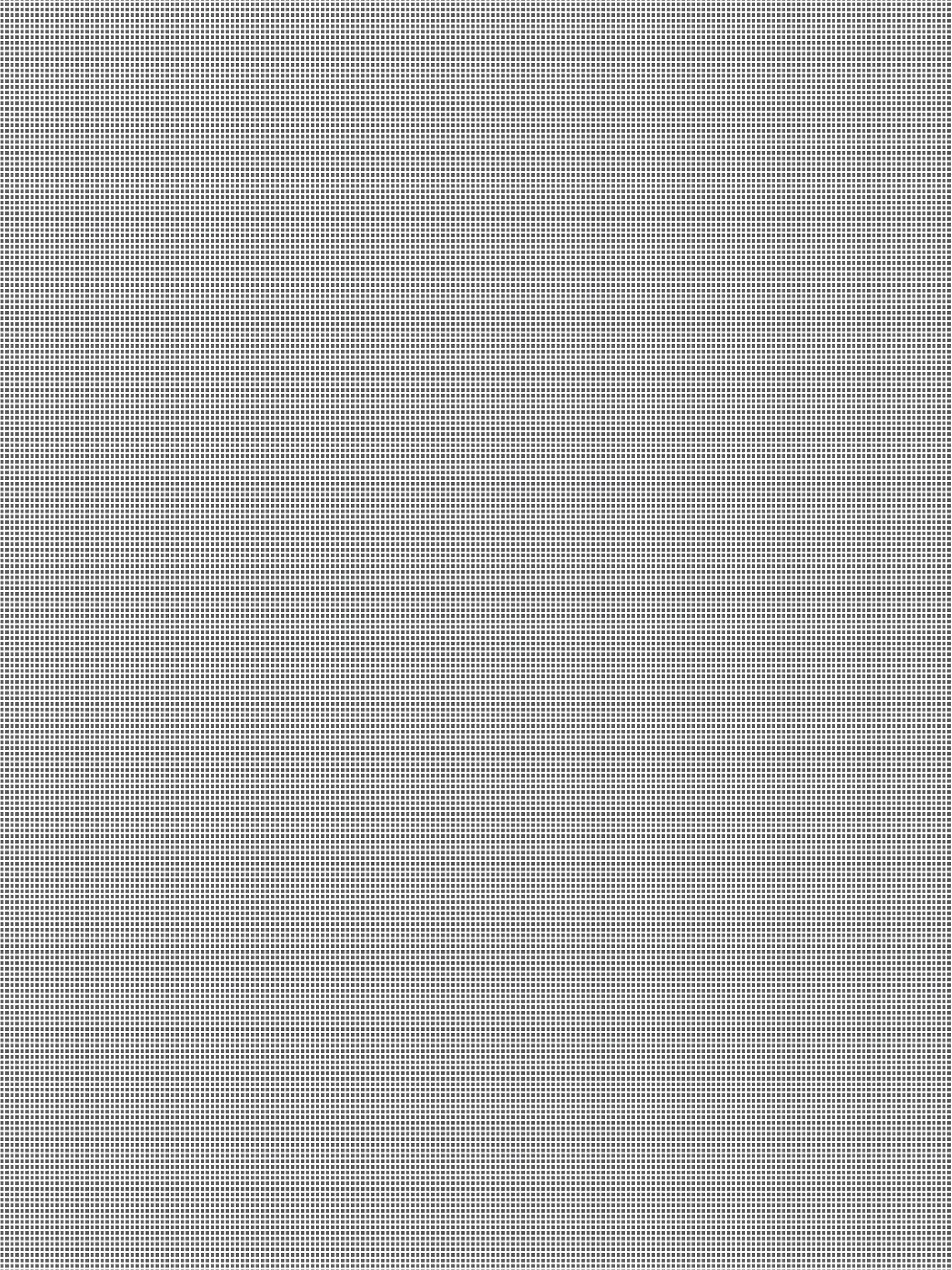
 KUNST  NRW Vorschläge und Empfehlungen

Auftraggeber :

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Kunststiftung NRW

Düsseldorf, Juni 2008





Autoren:

HEINZ DÜRR

FRANK BAUMBAUER

HARALD FALCKENBERG

WOLFGANG FRÜHWALD

HEINZ GLÄSSGEN

MICHAEL HUTTER

GABRIELE RÖTHEMEYER

HANS-PETER SCHWARZ

ALBERT SPIEGEL

ELMAR WEINGARTEN

BARBARA WEIDLE (Assistenz)

▼
KUNST NRW ▲
Vorschläge und Empfehlungen

Auftraggeber:

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Kunststiftung NRW

Düsseldorf, 25. Juni 2008

Inhaltsverzeichnis

A.	PRÄAMBEL	
I.	Aufgabenstellung	09
II.	Die Kommission	10
III.	Verlauf der Arbeit	11
IV.	Besonderheiten Nordrhein-Westfalens	13
B.	DAS ERGEBNIS EMPFEHLUNGEN	
I.	Zusammenstellung der Vorschläge und Empfehlungen	16
II.	Einzelbeschreibung der Vorschläge und Empfehlungen und Begründung	
	Theater	19
	Musik	26
	Tanz	31
	Bildende Kunst Medienkunst	34
	Film	41
	Literatur	50
	Kulturwirtschaft	59
	Internationales	65
	Medien	70
III.	Schlußbemerkungen	79
C.	ANHANG	
I.	Die Mitglieder der Kommission (Lebensläufe)	81
II.	Dank	85

A. PRÄAMBEL

I. Aufgabenstellung

Stärken und Schwächen der Kultur und der Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen zu analysieren und auf ihre nationale und internationale Positionierung zu überprüfen, bisher brachliegende Potenziale aufzuzeigen, Empfehlungen für die Landesregierung und die Kunststiftung NRW zu erarbeiten – diesen Aufgaben die Staatskanzlei NRW und die Kunststiftung NRW im November 2007 an eine zehnköpfige Expertenkommission. Ganz bewusst wurden die Fachleute mit ihren vielfältigen Erfahrungshorizonten nicht aus Nordrhein-Westfalen, sondern aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland eingeladen, um dem Land im Sommer 2008 einen Bericht vorzulegen. Erwünscht waren fundierte Vorschläge zu der Frage, »mit welchen kulturpolitischen Maßnahmen NRW deutlicher als bisher seinen Platz im nationalen und im internationalen Ranking einnehmen kann.«

II. Die Kommission

Mitglieder der Expertenkommission sind:

DR.-ING. E.H. HEINZ DÜRR, Unternehmer, Berlin, Vorsitzender

FRANK BAUMBAUER, Intendant Münchner Kammerspiele

DR. HARALD FALCKENBERG, Sammler zeitgenössischer Kunst, Hamburg

PROF. DR. WOLFGANG FRÜHWALD, Ehrenpräsident der Alexander von

Humboldt-Stiftung, Augsburg

PROF. DR. HEINZ GLÄSSGEN, Intendant, Radio Bremen

PROF. DR. MICHAEL HUTTER, Wissenschaftszentrum Berlin

GABRIELE RÖTHEMEYER, Geschäftsführerin Medien- und Filmgesellschaft,
Stuttgart

PROF. DR. HANS-PETER SCHWARZ, Gründungs-Rektor der Zürcher Hochschule der Künste

DR. ALBERT SPIEGEL, Botschafter a.D., Bonn

DR. ELMAR WEINGARTEN, Intendant Tonhalle Zürich

Assistenz: BARBARA WEIDLE, Journalistin/Verlegerin, Bonn und Berlin

(Kurzbiographien der Mitglieder befinden sich im Anhang C.)

III. Verlauf der Arbeit

Für die konstituierende Sitzung am 9. November 2007 wurde von der Assistenz eine Bestandsaufnahme erarbeitet, die einen Überblick über die komplexe Situation in Nordrhein-Westfalen gab. Diese und der »5. Kulturwirtschaftsbericht Nordrhein-Westfalen« waren, neben eigenen Recherchen sowie fortlaufenden weiteren Informationen zu allen wichtigen Fragen, Basis für die Überlegungen der Kommissionsmitglieder. Die Art und Weise der Recherche wurde den Experten freigestellt. Zahlreiche persönliche Gespräche der Kommissionsmitglieder mit Kulturträgern in NRW flossen in die Arbeit ein. Es wurde festgelegt, dass die Diskussionen innerhalb der Expertenrunde vertraulich sind. Die Aufgaben wurden wie folgt verteilt:

Vorsitzender: Heinz Dürr

Theater: Frank Baumbauer

Musik/Tanz: Dr. Elmar Weingarten

Kunst/Medienkunst: Dr. Harald Falckenberg, Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz

Film: Gabriele Röthemeyer

Literatur: Prof. Dr. Wolfgang Frühwald

Kulturwirtschaft: Prof. Dr. Michael Hutter

Internationale Beziehungen: Dr. Albert Spiegel

Medien: Prof. Dr. Heinz Glässgen

Es wurde beschlossen, den Abschlussbericht vor der Sommerpause des Landtags Ende Juni 2008 als »KUNST NRW. Vorschläge und Empfehlungen« dem Ministerpräsidenten zu übergeben und zu veröffentlichen.

Danach traf sich die Expertenkommission noch zu drei weiteren gemeinsamen Sitzungen in Düsseldorf, am 1. Februar, am 4. April und am 28. Mai 2008. Die zur Verfügung stehende Zeit erlaubte keinen umfassenden Bericht, der die verzweigten künstlerischen Aktivitäten des Landes erfasst und bewertet. Da die Landesregierung derzeit Akzente ihrer kulturpolitischen Arbeit auf die wichtigen Felder: »kulturelle Bildung«, »Interkultur« und »Substanzerhalt« gesetzt hat, versuchte die Kommission, weitere Schwerpunkte zu definieren, die geeignet sind, der Kultur des Landes neue Impulse zu geben und zugleich die schon jetzt starke Kunstlandschaft in Nordrhein-Westfalen als »Kunstlandschaft NRW« auch international sichtbarer zu machen.

Bei der Sitzung am 1. Februar beschloss die Kommission, bis zu 20 Schwerpunktprojekte vorzuschlagen und dort, wo dies möglich war, Kostenschätzungen beizufügen. Soweit Vorschläge zur Finanzierung gemacht werden, sind dies Schätzungen. Bei Realisierung der entsprechenden Projekte ist eine genaue Kalkulation

unerlässlich. Da die Kommission dem Land einen Fundus von Vorschlägen vorlegt, eher einen Strauß von Ideen als einen politisch, regional, nach Sparten, Interessen und Finanzierbarkeit ausgewogenen Bericht, ist Lückenhaftigkeit ein Merkmal dieser Zusammenstellung. Durch die verbleibenden Lücken werden aber die Problemzonen, die Stärken und die Schwächen der Kunstszene des Landes kenntlicher gemacht, als dies ein als Übersicht angelegter Kunstbericht tun könnte. Die in Niedersachsen geprägte Schlagzeile: »Wir werden älter, weniger, bunter«¹ gilt auch für Nordrhein-Westfalen, so dass die demographische Entwicklung des Landes und die mangelnde kulturelle Integration jenes rund einen Viertels seiner Bewohner, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, als herausragende Querschnittsthemen zu benennen sind. Es ist leicht vorherzusehen, dass sie umso stärker problem- und konfliktbestimmend sein werden, je weniger Aufmerksamkeit ihnen geschenkt wird. Die Kommission empfiehlt daher, bei allen kulturpolitischen Maßnahmen des Landes diese Problemzonen besonders zu berücksichtigen.

Für die genauere Beurteilung der Situation der bildenden Kunst luden die beiden für diesen Bereich zuständigen Kommissionsmitglieder zu einem internen Seminar mit Kunstfachleuten ein. Dieses fand am 1. und 2. März 2008 in Düsseldorf mit zwölf Teilnehmern, allesamt Akteure im Kunstgeschehen des Landes, statt. Den Vorsitz hatten die beiden Kommissionsmitglieder Harald Falckenberg und Hans-Peter Schwarz.

Bei STADTart wurde eine Studie zur Ermittlung der kulturellen »Hot Spots« in NRW in Auftrag gegeben.

In der Sitzung am 4. April erfolgte eine Auswahl von 20 Vorschlägen und zehn Empfehlungen. Die Kommission hat die Unterscheidung zwischen Vorschlägen und Empfehlungen getroffen, um die Zahl der Projekte, die angedacht wurden, überschaubar zu halten und die Dringlichkeit der Ideen und Pläne etwas zu gewichten. Die Empfehlungen, die den Vorschlägen nachgeordnet sind, enthalten Beobachtungen, Kritik und weitere Anregungen für die konkrete kulturpolitische Arbeit.

Die eingereichten Papiere der Kommissionsmitglieder – die im Prinzip ähnlich aufgebaut, aber in der Form unterschiedlich sind – wurden in der Sitzung am 28. Mai diskutiert und grundsätzlich verabschiedet.

1 Zitiert nach: Ulla Harting: Interkultureller Klimawandel. Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen: die integrierende Wirkung der Künste fördern. In: Tina Jerman (Hg.): Kunst verbindet Menschen. Interkulturelle Konzepte für eine Gesellschaft im Wandel. Bielefeld: transcript 2007, S. 25.

IV. Besonderheiten Nordrhein-Westfalens

Die Dichte und Vielfalt der kulturellen Einrichtungen (Theater, Musik, Tanz, bildende Kunst, Film und Literatur) ist beträchtlich. Der WDR hat innerhalb der ARD das umfangreichste Programmvolume und ist der größte Medienproduzent und Auftraggeber für Kulturberufe in NRW. In den Ballungszentren des Landes gestaltet eine höchst lebendige Off-Szene auf engstem Raum eine Vielzahl kultureller Ereignisse. Zahlreiche Museen, Kunstvereine, Galerien, international anerkannte bildende Künstler (vor allem der mittleren und älteren Generation: Gerhard Richter, Sigmar Polke, Rosemarie Trockel, Andreas Gursky u.a.), einige Theater, Musiktheater und Orchester, das Wuppertaler Tanztheater (Pina Bausch), von der Filmstiftung NRW koproduzierte Filme, Verlage und Festivals (z.B. Internationale Kurzfilmtage Oberhausen, RuhrTriennale, Videonale, KunstFilmBiennale) erreichen ein hohes Niveau. Allerdings finden wenige Einrichtungen bzw. Ereignisse nationale und noch weniger internationale Beachtung.

Dies mag einerseits durchaus auf eine fehlende überregionale Kulturberichterstattung zurückzuführen sein. Selbst als Bewohner dieses Landes kann man sich nur schwer einen Überblick verschaffen. »K.West«, das gut gemachte NRW-Kulturmagazin, das dies versucht, kann diese Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht erfüllen.

Andererseits muss sich das Land mit Eigenwerbung schärfer als bisher profilieren und im Bewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger wie auch einer weiteren Öffentlichkeit besser verankern.

Nordrhein-Westfalen ist mit ca. 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland. 22,4 Prozent der hier lebenden Menschen haben einen »Migrationshintergrund« – ein Sachverhalt, der sich im Kulturgesehen des Landes noch nicht ausreichend abbildet.¹²

Die öffentliche Kulturfinanzierung in NRW liegt zu mehr als drei Vierteln bei den Kommunen, zu knapp einem Viertel beim Land. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg tragen die Kommunen etwas mehr als die Hälfte, in Bayern ungefähr die Hälfte der jährlichen Ausgaben für die Kultur¹³. Das nordrhein-westfälische Selbstverständnis – Kultur ist vorwiegend Sache der Kommunen – führte über Jahrzehnte in vielen Bereichen zu außerordentlich guten Ergebnissen: Visionen, Engagement und Kompetenz einzelner Personen, die sich im kommunalen Kontext entfalteten, erzielten schließlich überregionale Bedeutung. Seit geraumer Zeit sind aber zahlreiche Städte und Gemeinden nicht mehr oder nur schwer

2 Meral Cerci: Daten, Fakten, Lebenswelten – Annäherung an eine noch unbekannt Zielgruppe. Datenforschungsprojekt Interkultur. In: Tina Jerman (Hg.): Kunst verbindet Menschen. A.a.O., S. 50.

3 Kulturfinanzbericht Statistische Ämter des Bundes und der Länder. Wiesbaden 2006, S. 36ff.

in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu finanzieren, und kürzen bei den freiwilligen Ausgaben, d.h. Verringerungen u.a. der Kulturetats sind schon lange die Regel.

Die christlich-liberale Koalition unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers verfolgt das Ziel, den Kulturhaushalt des Landes in der laufenden Legislaturperiode zu verdoppeln, und hat ihn seit 2005 stetig erhöht. Diese Steigerung der Kulturausgaben des Landes wird sich weiter fortsetzen müssen, wenn NRW sein kulturelles Potenzial national und international sichtbar ausschöpfen will.

An der Kulturfinanzierung beteiligen sich in Nordrhein-Westfalen punktuell auch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Kulturwirtschaft), das Ministerium für Bauen und Verkehr (Denkmalschutz und Städtebau) und das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (z.B. Kunst- und Musikhochschulen und Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Essen). Neben der direkten Förderung durch die Kommunen und das Land fördern in NRW (zum Teil auch in Form von Mischfinanzierungen mit Landesmitteln) folgende Institutionen und Verbände Kultur: die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, die Kultursekretariate Wuppertal und Gütersloh, die »Kunststiftung NRW«, die »Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege«, der Bund (über die Bundeskulturstiftung z.B.), die Kulturstiftung der Länder, die Sparkassenstiftungen und Fördervereine, weitere Stiftungen und Unternehmen sowie private Sponsoren.

Das Land trägt nur eine einzige Institution vollständig: die Kunstsammlung NRW in Düsseldorf (K20/K21), die Landessammlung klassischer Moderne und zeitgenössischer Kunst auf Weltniveau. Der Haushalt der »Stiftung Museum Schloss Moyland – Sammlung van der Grinten Joseph Beuys Archiv – des Landes Nordrhein-Westfalen« wird zu 80 Prozent vom Land NRW finanziert. Zur Hälfte ist NRW an der Neuen Schauspiel GmbH Düsseldorf beteiligt.

Auf eine ausführliche Darstellung der Kulturförderung wird in diesem Bericht verzichtet, da die Landesregierung in Kürze einen aktuellen Kulturförderbericht NRW 2006/2007 vorlegen wird.

Kultur in NRW ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor (s. den Kulturwirtschaftsbericht 2007 des Landes oder auch den Kulturwirtschaftsbericht der Stadt Köln 2007). Ihre erhöhte öffentliche Förderung zeitigt deshalb auch über den engeren Bereich hinaus positive wirtschaftliche Folgen für das Land.

Durch den Umzug der Bundesregierung nach Berlin hat das Rheinland, neben Bonn auch Köln als Kunstmetropole, einen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Es gilt daher, das kreative Potenzial an die Region zu binden bzw. wieder für sie zu gewinnen, z.B. durch das Schaffen guter Bedingungen für Nachwuchskräfte in allen Bereichen der Kunst- und Kulturproduktion sowie der Kulturwirtschaft.

Es war nicht der Auftrag der Kommission, die differente Verteilung künstlerischer Schwerpunkte und Zentren und ihrer Träger in den unterschiedlichen Regionen des Landes zu untersuchen und regional ausgeglichene Vorschläge zu machen. Ihr Auftrag bezog sich insgesamt auf Nordrhein-Westfalen als Kunst- und Kulturland. Diesem Auftrag hat sie sich gestellt, wohl wissend, dass nicht nur die wirtschaftliche, sondern eben auch die kulturelle Leistungsfähigkeit der in NRW ausgeprägten Regionen stark differiert. Ein gewisses regionales Ungleichgewicht auch in den vorliegenden Vorschlägen und Empfehlungen war deshalb nicht zu vermeiden.

B. DAS ERGEBNIS

I. Zusammenstellung der Vorschläge und Empfehlungen

Vorschläge:

Theater

1. Bühnen der Stadt Köln werden Staatstheater Köln. (S. 21)
2. Musiktheater und Schauspiel Essen werden Staatstheater Essen. (S. 22)
3. Die Förderung der kommunalen Theater durch das Land wird verstärkt. (S. 23)

Musik

4. Das Gürzenich-Orchester Köln wird »Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen«. (S. 26)

Tanz

5. Pina-Bausch-Archiv und Studiobühne einrichten. (S. 32)

Bildende Kunst/Medienkunst

6. Ein CASE NRW, Center for advanced studies in Art, Science and Economy, einrichten. Das Center könnte einer bestehenden Hochschule als An-Institut zugeordnet werden. (S. 37)
7. European Kunsthalle in Köln jährlich finanziell unterstützen. (S. 39)
8. Kunstbestände in NRW zentral erfassen und Sammlungsschwerpunkte bilden. (S. 39)
9. Aufstockung des zentralen Ankaufsetats für die Museen. (S. 40)

Film

10. Landesmittel für kulturelle Filmförderung aufstocken und »Artist in Residence«-Programm einrichten. (S. 45)
11. Internationale Filmschule (IFS) und Kunsthochschule für Medien (KHM) zusammenlegen. (S. 46)
12. KunstFilmBiennale stärken und Preis für Kunstfilm einrichten. (S. 47)
13. Landesfilmarchiv: Bestände systematisieren. (S. 48)

Literatur

14. Literarisches Festival der Kulturen NRW veranstalten. (S. 50)
15. Literarisches Zentrum NRW einrichten. (S. 53)

Kulturwirtschaft

16. Vermittlungsnetzwerke stärken und Voucher-Zuteilungen erproben. (S. 61)
17. Kleinkredite für Kulturschaffende anbieten. (S. 62)

Internationale Beziehungen

18. Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für den Auftritt der Kulturregion Nordrhein-Westfalen nach innen und nach außen. (S. 67)
19. Konzeption einer regional und fachlich orientierten Strategie der internationalen kulturellen Zusammenarbeit. (S. 68)

Medien

20. Eine zentrale Koordinierungsstelle für konstruktive Partnerschaften zwischen Kultur und Medien einrichten, die bestehende Partnerschaften prüft und überarbeitet sowie neue vereinbart und z.B. durch Symposien und Workshops beide Seiten besser informiert und vernetzt. (S. 77)

Empfehlungen:

Theater

1. Mehr Eigenproduktionen, weniger Ko-Produktionen bei der RuhrTriennale. (S. 25)

Musik

2. Die finanziellen Mittel der Kunststiftung NRW aufstocken. (S. 28)
3. Die Mittel für die musikFabrik erhöhen. (S. 29)
4. Ein Barock-Ensemble institutionell fördern. (S. 29)
5. Konzerthaus Dortmund verstärkt fördern. (S. 29)

Tanz

6. Tanzszene verstärkt fördern. (S. 32)

Bildende Kunst/Medienkunst

7. Beuys-Zentrum von Schloss Moyland nach Düsseldorf verlegen. (S. 40)

Literatur

8. Eine Expertenkommission soll die Lage der Bibliotheken in NRW erkunden und ein Aktionsprogramm entwickeln. (S. 56)

Kulturwirtschaft

9. Städtewettbewerbe ausrichten. (S. 63)

Medien

10. Optimierung von Aus- und Fortbildung im Bereich von Kunst und Medien. (S. 77)

II. Einzelbeschreibung der Vorschläge und Empfehlungen und Begründung

Theater

Vorschläge:

1. Bühnen der Stadt Köln werden Staatstheater Köln.
2. Musiktheater und Schauspiel Essen werden Staatstheater Essen.
3. Die Förderung der kommunalen Theater durch das Land wird verstärkt.

Empfehlung:

1. Mehr Eigenproduktionen, weniger Ko-Produktionen bei der RuhrTriennale.

Ausgangslage:

Mit Respekt vor der beeindruckenden Zahl und räumlichen Dichte der vielen kommunalen und freien Theater, der Landesbühnen, der Festivals, Theaterverbände, Kultursekretariate und der theaterbezogenen Einrichtungen in NRW scheint es zunächst verwunderlich, dass nur einige wenige dieser Angebote im deutschsprachigen und europäischen Kontext durchgängig eine hoch anerkannte Rolle spielen. Zwar gelingt es ab und zu, dass sich einzelne Aufführungen hervorheben und entsprechend ihrer besonderen Qualität gewürdigt werden. Gemessen an dem ebenso großen wie vielfältigen Angebot in NRW jedoch kommt dies eher selten vor.

Das Netzwerk aller Veranstalter ist ein gewachsenes Nebeneinander, ein bunter Teppich. Die mögliche und belebende Konkurrenz ist dabei kaum spürbar, auch weil die Besucherinnen und Besucher nur selten die Gelegenheit wahrnehmen, Angebote in den Nachbarstädten zu nutzen, obwohl die Entfernungen und die dafür aufzubringenden Zeiten meist nicht größer sind, als um von einer Seite Berlins zur anderen zu gelangen. Dies mag auch in einigen Fällen daran liegen, dass wenige Theater ein künstlerisch starkes, eigenes Profil entwickeln und der Unterschied oft nur in besseren oder weniger gelungenen Aufführungen und Veranstaltungen liegt.

Einigen Theatern ist der Mut zur klaren künstlerischen Positionierung abhanden gekommen, einigen Städten bzw. Trägern der Bühnen auch der Mut zu

einer klar definierten Auswahl der Theaterleitungen. Der Pragmatismus des Machbaren siegt in vielen Fällen über das Besondere und das Wünschenswerte. Aufgabe der Verantwortlichen der Städte und der Theater sollte sein, in der Kunst und Kultur wieder Utopien zu entwerfen, statt nur das Mögliche zu verwalten. Theater sind keine Repräsentations-Räume vergangener Zeiten, sie sind vielmehr die neuen Konzentrations-Orte unserer veränderten Gesellschaften.

Anders als in den historisch gewachsenen Aufgabenstellungen etwa im Norden Deutschlands, wo das wohlhabende Großbürgertum, und etwa im Süden unseres Landes, wo Königs- und Fürstenhäuser Kunst und Kultur im großen Stile ermöglichten und finanzierten und diese Aufgaben später organisch an den Staat übergingen, fehlt in der Mitte Deutschlands dieses gewachsene Selbstverständnis für das Engagement in Kunst und Kultur. Nur so ist zu erklären, dass Nordrhein-Westfalen einen im Verhältnis zu vergleichbaren Bundesländern sehr geringen Kulturetats hat und die Aufgabe der Finanzierung der Kultureinrichtungen zum überwiegenden Teil den Kommunen überlässt. Da die Städte jedoch enorme ökonomische Probleme haben, ihre Haushalte seit vielen Jahren überschuldet sind und also mehr Spar- und Konsolidierungsprogramme als Inhalte die Ziele vorgeben, sind viele Theater und deren Sparten durch Schließungen und Kürzungen betroffen. Es war und ist nur eine Frage der Zeit, dass dieses Abschmelzen an Mitteln sich neben der Quantität des Angebots auch in der Qualität auf den Bühnen und Podien zeigt.

In den Vorschlägen der Kommission geht es zentral darum:

- Die Rolle des Landes Nordrhein-Westfalen als Träger der Theater zu stärken.
- Durch vermehrte Mittel des Landes die Situation der kommunalen Anbieter zu bereichern.
- Schwerpunkte zu schaffen.
- Durch vorwärtsgerichtete Personalentscheidungen und kluge konzeptionelle Profilierungen die künstlerische Vielfalt stärker zu fokussieren, sichtbar zu machen und konstruktive Konkurrenz zu schaffen.
- Und in der Summe: die Kultur Nordrhein-Westfalens auch durch die Theater zu einer stolzen und attraktiven Adresse im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Raum zu machen.

Vorschläge:

Die Kommission empfiehlt, den Zuschuss des Landes für die Städtischen Bühnen von Köln und das Musiktheater und Schauspiel Essen zum nächstmöglichen Zeit-

punkt deutlich zu steigern und diese Theater zu Staatstheatern aufzuwerten. Die Städte Köln bzw. Essen und das Land Nordrhein-Westfalen sollten jeweils gemeinsame Trägerschaften für diese Theater gründen, für jede Stadt die dafür passende Rechtsform finden und mittelfristig den Zuschuss- bzw. Fehlbedarf zu gleichen Teilen übernehmen. Stadt und Land sollten in der neuen Trägerschaft gleichberechtigt vertreten sein. Es sollte ebenso vertraglich gewährleistet sein, dass die Beträge, mit welchen das Land die Städte mittelfristig entlasten würde, weiter den Kulturbudgets von Köln bzw. von Essen erhalten bleiben.

(Als Beispiel bietet sich das Vorgehen des Freistaats Bayern an, der 2007 das Stadttheater Nürnberg in einer Vereinbarung mit der Stadt durch seine Beteiligung zum Staatstheater machte. Nach dem Steigern der staatlichen Beteiligung über einige Jahre werden Staat und Stadt den Zuschuss bzw. Fehlbedarf für das Mehr-Sparten-Theater zu gleichen Teilen übernehmen. Die dafür gefundene Rechts- und Betriebsform ist die Stiftung Staatstheater Nürnberg.)

1. Bühnen der Stadt Köln werden Staatstheater Köln.

Die Anziehungskraft Kölns ist unumstritten. Mag der Riese auch bisweilen noch schläfrig wirken oder das mögliche Selbstbewusstsein (noch) nicht zur Schau stellen: die Attraktivität ist groß – sie müsste nur noch wachgeküsst werden. In Kunst und Kultur jedenfalls kann Köln, während sich andere deutsche Städte darum streiten, durchaus bald ein ›Hot Spot‹ auf der deutschen und europäischen Landkarte werden. Nur in wenigen anderen deutschen Städten leben und arbeiten so viele Künstlerinnen und Künstler aller Disziplinen und unterschiedlichster Kulturen, tauschen sich aus, bereichern sich gegenseitig.

In der kulturell so lebendigen Stadt ist es daher mehr als bedauerlich, dass die Bühnen der Stadt seit vielen Jahren kaum mehr positiv in Erscheinung traten und auch über die Stadt hinaus keine Rolle mehr spielten, so als wäre diese Adresse gelöscht worden. Dabei ist die Stadt und das Theater für viele Künstlerinnen und Künstler ein gesuchter Platz, vielleicht mehr als andere Städte und Theater im deutschsprachigen Raum. Jedoch reichten sich hier eine bemerkenswerte Anzahl falscher Personalentscheidungen sowie extreme Kürzungen die Hand zum Niedergang. Durch eingeschlagene deutliche Richtungswechsel sowohl in den künstlerischen und kaufmännischen Leitungen als auch in der Bereitschaft wieder wachsender Zuschüsse der Stadt sowie notwendiger Investitionen in die Bauten kann die Zukunft des Theaters zur Hoffnung Anlass geben. Dazu ist jedoch ein klares Bekenntnis von Land und Stadt sowie eine deutlichere finanzielle Unterstützung notwendig. Auch andere Bundesländer und Städte nehmen in der Tat

»Geld in die Hand«, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass attraktive und prägende Künstler sich für diese Stadt- und Staatstheater entscheiden und in der Folge entsprechende Künstler nachziehen. Das Kölner Theater muss im deutschsprachigen Raum mit Berlin, Hamburg, München, Zürich und Wien konkurrenzfähig werden können. Die Chance für eine erste Theateradresse Köln ist da. Erreichbar scheint sie durch ein größeres und gemeinsames Engagement von Stadt und Land für ein Staatstheater Köln.

Der besonderen Situation Kölns mit den großen Investitionen für die städtischen Bühnen in Neubauten, Sanierungen und das Erstellen von Interims-Räumen und -Spielstätten wegen gibt die Kommission zu bedenken: Falls sich das Land NRW mit einem die Stadt Köln entlastenden Zuschuss an diesen Investitionskosten beteiligen würde, wäre für das Land erleichternd zu empfehlen, dass die oben angesprochene Anhebung der Zuschüsse erst später einsetzt, etwa mit dem Zeitpunkt des Spielbeginns in den neuen und renovierten Spielstätten.

2. Musiktheater und Schauspiel Essen werden Staatstheater Essen.

Die Oper, das Ballett und das Schauspiel in Essen haben das Potenzial und die Attraktivität, eine große Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Sowohl das Musiktheater wie auch das Schauspiel geben durch ungewöhnliche Spielpläne, kluge Risiken und ein starkes gesellschaftliches Engagement große Impulse in die Stadt und die Region (Stadt-Theater-Projekte). Wie kaum eine andere Bühne sucht und findet das Essener Theater Vernetzungen mit anderen Kulturinstituten und gesellschaftlichen Einrichtungen und fördert diese Bindungskräfte vor Ort. Dieses Engagement wird durch die geringen Zuschüsse jedoch kaum aufrecht zu erhalten sein und ist auch derzeit nur durch einzelne Projektförderungen, etwa der Kunststiftung NRW und einiger anderer Projektpartner, möglich.

Starke künstlerische Impulse setzen die Sparten des Theaters richtigerweise durch die konsequente Förderung jüngerer Talente. Es kann nicht die Rolle des Theaters in Essen sein, bereits arrivierte Künstlerinnen und Künstler zu verpflichten, jedoch kann es die lohnende Aufgabe übernehmen, die Begabungen der jüngeren Generationen zu entdecken und über einige Jahre aufzubauen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Ausbildung an der Folkwang Hochschule für Musik und Darstellende Künste im Ruhrgebiet hervorragende Arbeit leistet und die dort ausgebildeten Studentinnen und Studenten sowohl in den Theatern Nordrhein-Westfalens wie auch im gesamten deutschsprachigen Raum meist sehr erfolgreich Engagements finden.

Die Kultur und das Theater Essens stehen zeitnah durch die beiden Groß-

Ereignisse »Ruhr.2010 – Kulturhauptstadt Europas« und »Theater der Welt 2010« im Fokus. Essen wird hierbei für das Ruhrgebiet und das Land NRW eine zentrale Bedeutung haben und weiter an Ausstrahlung gewinnen. Dass diese Anstrengungen nicht nur punktuelle Höhepunkte bleiben, sondern eine nachhaltige Wirkung haben können, verschafft dem Theater in Essen wiederum eine besondere Rolle. Wenn man den künstlerischen Aufschwung der vergangenen Jahre und die anstehenden Aufgaben im Jahr 2010 bündelt, kann das Essener Theater verstärkt ein kultureller und künstlerischer Schwerpunkt für das Ruhrgebiet werden.

Dies wiederum kann nur durch eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse möglich werden. Die Kommission empfiehlt daher, dass sich das Land NRW durch eine erhöhte Beteiligung dazu bekennt und dafür engagiert. Wie im für Köln beschriebenen Fall sollte das Land seinen Zuschuss baldmöglichst und deutlich erhöhen und danach in der Art steigern, dass mittelfristig die Zuschüsse von Land und Stadt die gleiche Höhe erreichen. Es sollte eine gemeinsame Trägerschaft gebildet werden und zugesichert sein, dass der mittelfristig für Essen gewonnene Betrag für die weitere Kulturarbeit in der Stadt verwendet wird.

Die Kommission empfiehlt, dass sich Stadt und Land für ein gemeinsames Staatstheater Essen entscheiden und dies gleichberechtigt und zu gleichen Teilen tragen.

3. Die Förderung der kommunalen Theater durch das Land wird verstärkt.

Die Förderung der kommunalen Theater in NRW sollte gegenüber den Zuschüssen, welche das Land für 2008 vorsieht, ab 2010 angehoben werden, etwa um 15 Prozent in drei Tranchen von 2010/11 bis 2012/13. Dabei müsste sichergestellt sein, dass die Städte ihre Zuschüsse mindestens in der jetzigen Höhe beibehalten oder nach Möglichkeit ebenfalls anheben. Davon ausgenommen sind jene Bühnen, die das Land zur Hälfte unterstützt, falls der Vorschlag dieser Kommission umgesetzt werden wird.

Zusätzlich sollten Wege erarbeitet werden, dass sich die Städte und das Land sowie unabhängige Experten noch klarer über die Besetzung der Intendanten abstimmen können.

Die Zielsetzung sollte sein, dass sich die in geringer Entfernung zueinander liegenden Theater des Landes in ihren unterschiedlichen Angeboten und Haltungen besser ergänzen.

Finanzen:

Zu Vorschlag 1: Bühnen der Stadt Köln werden Staatstheater Köln.

Die Bühnen der Stadt Köln werden vom Eigentümer und Rechtsträger Stadt Köln in gemeinnütziger Form in einer »eigenbetriebsähnlichen Einrichtung« betrieben. Das Gesamtbudget beträgt derzeit etwa 54 Mio. Euro (bei ca. 8 Mio. Euro Einnahmen). Das Land NRW leistet hierzu einen geringen Zuschuss (ca. 1 Mio. Euro). Ab der Spielzeit 08/09 soll der Bühnenetat um 2,9 Mio. Euro erhöht werden. Es ist weiter beabsichtigt, die Sparte Tanz weiter zu stärken und mit einer eigenen künstlerischen Leitung zu versehen. Die Bühnen der Stadt haben dafür einen Betrag von 3,5 Mio. Euro pro Spielzeit vorgesehen; das Land NRW hat signalisiert, sich im Falle einer Kooperation mit Bonn an diesen Kosten zu beteiligen. Die Pläne der designierten Operndirektion in Bezug auf das Ballett sind der Kommission nicht bekannt.

Nach den äußerst harten Spareinschnitten, die das Kölner Theater in den vergangenen Jahren deutlich und auch in den künstlerischen Ergebnissen sichtbar trafen, empfiehlt die Kommission, dass das Land seinen Zuschuss baldmöglichst auf 4 Mio. Euro steigert und sich somit der Gesamtzuschuss erhöht. Ferner soll sich das Land weiter bei der Bezuschussung mittelfristig in der Art engagieren, dass es von einem späteren Zeitpunkt an finanziell zur Hälfte an dem neu geschaffenen Staatstheater beteiligt ist. Die für Köln (mittelfristig) freiwerdenden Mittel sollen per Vereinbarung dem Kulturbudget der Stadt erhalten bleiben.

Zu klären ist, ob sich das Land an den hohen Kosten der Baumaßnahme (Sanierung Oper/Neubau Schauspiel / Kostenschätzung Februar 08: ca. 230 Mio. Euro / Ausweichquartier: ein altes Messegebäude am Tanzbrunnen: ca. 30 Mio. Euro) beteiligen kann und aus diesem Grunde die Mitfinanzierung als Staatstheater zu einem späteren Zeitpunkt beginnt.

Zu Vorschlag 2: Musiktheater und Schauspiel Essen werden Staatstheater Essen.

Der Gesamtaufwand für Oper, Ballett und Schauspiel beträgt derzeit ca. 47,4 Mio. Euro bei ca. 6,3 Mio. Euro Einnahmen. Das Land beteiligt sich derzeit mit knapp 1 Mio. Euro.

Die Kommission empfiehlt, dass das Land NRW als gleichberechtigter Gesellschafter mit der Stadt eine neue Trägerschaft für das Musiktheater und Schauspiel in Essen bildet und seinen bisherigen Zuschuss baldmöglichst auf 5 Mio. Euro steigert, also damit den Gesamtzuschuss erhöht. Mittelfristig sollte das Land dann seine Beteiligung in der Art steigern, dass die Gesamtzuwendung zu gleichen Teilen von Land und Stadt getragen wird. Die Finanzierung zu gleichen Teilen durch

Stadt und Land sollte dann für beide Träger verpflichtend sein. Außerdem sollte gewährleistet sein, dass der Betrag, mit welchem das Land mittelfristig die Stadt entlasten würde, der Kulturarbeit in Essen erhalten bleibt. Diese Bindungen sollten – ebenso wie bei dem Kölner Projekt – durch eine verpflichtende Vereinbarung von Land und Stadt erfolgen.

Zu Vorschlag 3: Die Förderung der kommunalen Theater durch das Land wird verstärkt.

Bei einer stufenweisen Erhöhung der Landeszuschüsse an die kommunalen Theater (ohne Düsseldorf, Essen und Köln) um jährlich 5 Prozent über drei Jahre 2010 + 2011 + 2012 würden etwa geschätzte 11 Mio. Euro Mehrbedarf anfallen.

Empfehlung:

1. Mehr Eigenproduktionen, weniger Ko-Produktionen bei der RuhrTriennale.

Die RuhrTriennale ist zweifelsfrei in kurzer Zeit zu einem künstlerischen Schwerpunkt des Landes geworden, auch ein Verdienst der Künstlerischen Leiter Gérard Mortier und Jürgen Flimm. Ohne in die künstlerischen Absichten der künftigen Kuratoren/Intendanten eingreifen zu wollen, sei jedoch empfohlen, das Einzigartige der Bespielung dieser außergewöhnlichen Hallen und Zechen des Ruhrgebiets nicht auf Kosten der Austauschbarkeit der künstlerischen Produktionen in beliebige Koproduktionsräume zu gefährden. Das Ideal sollte die kongeniale Nutzung dieser Räume von Künstlern und Künstlerinnen sein. Um diese Aufführungen und Veranstaltungen sehen zu können, sollte man zur RuhrTriennale reisen müssen und sie nicht in Wien, Salzburg oder München, in Stadttheatern oder bei anderen europäischen Festivals ohne Anbindung an diese einmaligen Ruhr-Kultur-Räume erleben können. Falls diese Haltung große Ko-Produktionen ausschließt, sollte man – mit wenigen Ausnahmen – auf diese verzichten. Für die Einmaligkeit und Besonderheit von Raum und Dramaturgie und Ästhetik sei beispielhaft erinnert an »Sentimenti« in der Jahrhunderthalle Bochum und »Five Angels for the Millenium« im Gasometer Oberhausen.

Dienlich wäre dieses strengere Profil auch durch den größeren Kontrast zu den nicht wenigen anderen Festivals in NRW, etwa den Ruhrfestspielen Recklinghausen, welche neben wenigen Eigenproduktionen auch vermehrt zu internationalen Festivals mit Gastproduktionen wurden.

Musik

Vorschlag:

4. Das Gürzenich-Orchester Köln wird »Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen«.

Empfehlungen:

2. Die finanziellen Mittel der Kunststiftung NRW aufstocken.
3. Die Mittel für die musikFabrik erhöhen.
4. Ein Barock-Ensemble institutionell fördern.
5. Konzerthaus Dortmund verstärkt fördern.

4. Das Gürzenich-Orchester Köln wird »Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen«.

Ausgangslage:

Die Bühnen der Stadt Köln bestehen aus drei Komponenten: Schauspiel Köln, Oper Köln, pretty ugly tanz Köln. Hinzu kommt das Gürzenich-Orchester als Eigenbetrieb der Stadt Köln, welches den größeren Teil seiner Dienste – gegenwärtig 65 Prozent – vertraglich abgesichert in der Oper versieht und 35 Prozent der Dienste der Konzerttätigkeit in der Kölner Philharmonie und seinen Konzertreisen widmet. Durch die Personalunion von Gürzenich-Kapellmeister und Generalmusikdirektor sind beide Institutionen, Oper Köln und Gürzenich-Orchester, eng miteinander verflochten.

Projektbeschreibung und Begründung:

Das Gürzenich-Orchester Köln spielt – ähnlich wie die Staatskapelle Berlin und das Gewandhausorchester Leipzig – eine Doppelrolle. Es ist Konzert-Orchester und Opernorchester zugleich. Es hat, so gesehen, eine andere Funktion in der Stadt zu erfüllen als das ebenfalls vorzügliche Sinfonieorchester des WDR, das die für die Rundfunksinfonieorchester typischen und vorgesehenen Aufgaben wahrnimmt. Für Nordrhein-Westfalen ist es unabdingbar, mindestens über ein Orchester zu verfügen, welches im nationalen und internationalen Vergleich bestehen

kann und als Kulturbotschafter in Deutschland und in der Welt eingesetzt werden kann. Das Gürzenich-Orchester erfüllt die hierfür notwendigen Voraussetzungen als einziges Orchester des Landes bereits jetzt in hohem Maße:

- Das Orchester ist Teil einer großen musikalischen Tradition (Uraufführungen u.a. Strauss: Till Eulenspiegel, Mahler: Sinfonie Nr. 5, Brahms: Doppelkonzert, Bernd Alois Zimmermann: mehrere Werke).
- Es hatte und hat auch heute bedeutende Dirigenten an seiner Spitze.
- Es ist regelmäßig zu Auslandstourneen eingeladen: zuletzt London Proms, Edinburgh, China, Athen.
- Das Orchester hat eine glänzende Auslastung seiner Konzerte und wachsende Abonnentenzahlen.
- Es ist mit zahlreichen CDs auf dem Musikmarkt vertreten.
- Es hat eine eindrucksvolle Liste an Gastdirigenten und Gast-Instrumentalisten.

Was dem Orchester fehlt, sind zusätzliche Mittel, um es hinsichtlich der Gehälter der Musiker an vergleichbare Orchester heranzuführen, um in der Konkurrenz mit diesen um gute junge Künstler bestehen zu können. Weitere Mittel sind für PR-Arbeit, Erweiterung der Administration zur Durchführung von musikalischer Jugendarbeit, für Sonderprojekte und für Tourneen erforderlich.

Die Stärkung des Orchesters als Konzertorchester würde für den Opernbetrieb keine Nachteile bedeuten, weil es dort zur Neustrukturierung des Repertoires ohnehin kommen wird. Verstärkt wird hier der Bereich der barocken Oper einbezogen, für deren musikalische Gestaltung es in Köln – der deutschen Hauptstadt für Alte Musik – eine Reihe guter, in der Musik des Barock spezialisierter Ensembles gibt. Zudem ist es in der Oper wichtig, den Bereich des experimentellen Musiktheaters zu stärken, was mit der musikFabrik geschehen könnte, die gegenwärtig derartige Projekte außerhalb Kölns unter anderem in Berlin realisiert. Hiermit würde auch ein einzigartiges Modell des Zusammenwirkens von Oper und Konzert realisierbar. Es würde die Qualität und Vielfalt der Musiktheater-Aufführungen steigern, das Angebot flexibilisieren und erweitern und damit neue Publikumsschichten erschließen. Das Orchester wiederum würde Freiräume gewinnen für die Ausweitung seiner Konzerttätigkeit und für die Realisierung größerer Projekte.

Köln, das kann ruhigen Gewissens gesagt werden, ist gegenwärtig, insbesondere wenn man die Populärmusik in die Betrachtung mit einbezieht, die wichtigste Musikstadt NRWs, wenn nicht sogar Deutschlands. Die Stadt übt eine große Anziehungskraft auf Musiker und Musikerinnen und Komponisten und Komponistinnen aus. Die Szene der Alten Musik ist in Köln, wie gesagt, besonders leben-

dig und das auf hohem Niveau. Und mit der musikFabrik hat sich in kurzer Zeit ein Ensemble für Neue Musik entwickelt, welches an die große Tradition der Neuen Musik der Stadt in den 50er und 60er Jahren anknüpft und diese fortsetzt.

Köln wurde durch seine Philharmonie, deren Hausorchester das Gürzenich-Orchester ist, ein Zentrum der Musik in Deutschland und ist zu einem einzigartigen Anziehungspunkt für die internationale Musikszene geworden. Auch vor diesem Hintergrund ist es wichtig dem Gürzenich-Orchester einen weiteren Qualitätssprung zu ermöglichen, damit es im Konzert der großen Orchester bestehen kann.

Finanzen:

Gegenwärtig arbeitet das Gürzenich-Orchester mit einem Jahres-Budget von 13,5 Mio. Euro. Davon spielt es 5 Mio. durch seine Dienste in der Oper ein. Die Stadt gewährt einen Zuschuss von ca. 3 Mio. Euro und das Land NRW steuert weitere 220.000 Euro bei, was einem Anteil von 1,3 Prozent des Gesamtbudgets entspricht.

Den zusätzlichen finanziellen Bedarf für die Realisierung der o.a. Ziele schätzt die Kommission auf ca. 3 Mio. Euro. Hinzu käme der Einnahmeausfall, der durch die Reduzierung der Operndienste bedingt ist. Dieser kann mit weiteren 1 Mio. Euro beziffert werden. Dabei ist zu beachten, dass der bei der Oper dann frei werdende Betrag zum Einkauf von Diensten anderer Ensembles genutzt werden kann. Die Kommission schlägt vor, dass sich das Land, wie auch bei den Bühnen der Stadt Köln, zur Hälfte an den Kosten für das »Gürzenich-Orchester Köln – Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen« beteiligt und dieses Modell schrittweise in den nächsten fünf Jahren realisiert.

Empfehlungen:

2. Die finanziellen Mittel der Kunststiftung NRW aufstocken.

Die Kunststiftung NRW sollte durch eine Aufstockung ihrer Mittel um 10 Mio. Euro in die Lage versetzt werden, vermehrt einzelne Projekte gezielt unterstützen zu können. Noch stärker sollten in den Bereichen Theater, Musiktheater, Musik, bildende Kunst, Tanz, Performance (nicht jedoch Film!) jene Initiativen auch der freien Szene gefördert werden, die vielversprechende innovative Ansätze verfolgen.

In NRW gibt es eine Fülle kleinerer Theater und Kunst-Institutionen, denen Projektmittel helfen würden, ihre Position zu stärken und über die bestehenden

Netzwerke in diesem Bereich national und international wirksam zu werden. Schon bisher hat sich hier bei der Mittelvergabe das System einer unabhängigen Jury zur Auswahl der zu fördernden Projekte bewährt. Dieses sollte beibehalten werden.

3. Die Mittel für die musikFabrik erhöhen.

Für die Neue Musik hat NRW mit der musikFabrik ein durch die Kunststiftung NRW klug gefördertes Instrument der Fortentwicklung dieses Feldes. Diese Einrichtung sollte zusätzliche finanzielle Mittel erhalten, um ihre Chancen auf dem hart umkämpften Markt zu erhöhen. Der Anteil an institutioneller Zuwendung gegenüber einzuwerbenden Drittmitteln sollte erhöht werden. Die musikFabrik könnte so der Nukleus für ein Zentrum für Neue Musik werden, das in dem Reigen der bedeutenden Einrichtungen für Neue Musik, Paris (IRCAM), Karlsruhe (ZKM) und Frankfurt (Ensemble Modern und seine Akademie), eine wichtige Rolle spielen würde.

4. Ein Barock-Ensemble institutionell fördern.

In den beiden vergangenen Jahrzehnten sind – vornehmlich in Köln – international bedeutende und erfolgreiche Barock-Ensembles entstanden. Es wäre ratsam, eines dieser Ensembles zu institutionalisieren. Im Augenblick ist schwer zu entscheiden, welches. Aber in Hinblick auf die angesprochene Perspektive der Ausweitung des Opernrepertoires um barocke Werke, wäre es notwendig, ein hochprofessionelles Ensemble aus der Tradition der authentischen Aufführungspraxis gezielt zu fördern.

5. Konzerthaus Dortmund verstärkt fördern.

Eine besondere Erwähnung verdient das neue Konzerthaus in Dortmund. Es liegt am Rande des Ruhrgebiets und ist ein beredtes Beispiel dafür, dass bei allen Bemühungen, aus dem Ruhrgebiet eine in sich geschlossene Metropole werden zu lassen, Kultur eben eine Angelegenheit ist, bei der die Ortsbezogenheit eine besondere Rolle spielt. Dortmund verfügt mittlerweile über einen auch akustisch gelungenen und ästhetisch ansprechenden Konzertsaal. Die Kunststiftung NRW wird dieses besonders wichtige Musikprojekt, welches Modellcharakter haben könnte, fördern. Das Gustav Mahler Chamber Orchestra wird für einige Jahre als »Residenz«-Orchester verpflichtet werden und wird so innovative Programme auf hohem künstlerischem Niveau realisieren können, die das Orchester im normalen Tourneebetrieb nicht verwirklichen kann. Dieses dem Neuen gegenüber aufgeschlossene Orchester verwirklicht auch den Drang vieler junger Musiker,

die ihre Zukunft eher in einer lebendigen, mit neuen Konzertformen experimentierenden Musikwelt sehen als in Festanstellungen bei den großen Sinfonieorchestern. Es ist sehr zu empfehlen, derartige Modell-Unterfangen verstärkt zu fördern. Sie sichern die Zukunft des Musiklebens.

Tanz

Vorschlag:

5. Pina-Bausch-Archiv und Studiobühne einrichten.

Empfehlung:

6. Tanzszene verstärkt fördern.

Ausgangslage:

Die Förderung des zeitgenössischen Tanzes hat in der Förderpolitik des Landes einen bedeutenden Stellenwert. Auch Kommunen wie Köln, Düsseldorf und Essen legen Schwerpunkte auf die Tanzförderung. Wohl einmalig und sehr früh schon ins Leben gerufen ist das landesbüro tanz nrw, das die unzähligen Tanzaktivitäten des Landes dokumentiert und zu Vernetzungen anregt. Die wichtigen Akteure haben sich zur TPZ (Tanzproduzenten-Konferenz) zusammengeschlossen, die regelmäßig konferiert und im vergangenen Jahr das Festival »tanz in nrw« als »Leistungsschau« der NRW-Tanzszene ins Leben gerufen hat.

Zentren sind Düsseldorf mit seinem tanzhaus nrw und Essen, wo sich PACT Zollverein mit dem Choreographischen Zentrum zusammengetan hat. Das künstlerische Profil beider Häuser ist deutlich unterschieden. Das tanzhaus nrw ist Produktions- und Aufführungsort für die regionale Szene; darüber hinaus gewinnt es durch die Präsentation international ausgerichteter Gastspielreihen große Aufmerksamkeit. PACT Zollverein ist grundsätzlich international ausgerichtet, lädt international tätige Künstler zu Residenzen ein und entwickelt ein viel beachtetes Modell zur theoretischen und künstlerischen Erforschung der performativen Künste.

Die Infrastruktur finanzieren in Essen das Land und die Kommune. Die KulturRuhr stellt einen Produktionsetat von 440.000 Euro jährlich zur Verfügung, der allein nicht hinreicht.

Das Fördersystem Tanz in NRW ist auf den unterschiedlichen Ebenen nicht aufeinander abgestimmt. Unterschiedliche Fristen und Förderrichtlinien in den Kommunen, im Land und in den fördernden Stiftungen wirken sich negativ aus. Die kleingliedrigen Förderungen auf kommunaler Ebene und durch das Land las-

sen zudem zwar eine Vielzahl künstlerischer Aktivitäten entstehen, unter diesen Bedingungen kann sich Qualität allerdings nur schwer durchsetzen. Daher wird immer wieder die Forderung erhoben, weniger Projekte, diese aber gut zu fördern. Gut fördern heißt jedoch nicht, schlicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern auch kompetente Begleitung und Auseinandersetzung mit den Künstlern, die Entwicklung auch von substanzhaltigen Dialogen innerhalb und mit der Tanzszene. Immer wieder wird positiv beurteilt, dass die Kunststiftung NRW im Bereich des Tanzes für Förderentscheidungen einem Jury-Modell den Vorzug gegeben hat, welches zu mehr Vertrauen in die Förderer geführt hat und zu inhaltsreicheren Auseinandersetzungen mit den und unter den Künstlern.

Die Staatskanzlei NRW entwickelt gegenwärtig ein Tanzkonzept, das schon ab 2009 mit erheblichen finanziellen Mitteln den Tanz in NRW fördern will. Gedacht ist an eine Agentur Tanz NRW, die der Verbesserung der Marktchancen und der internationalen Profilierung von NRW-Künstlern dienen soll. Darüber hinaus ist eine Stärkung des Tanzstandortes Köln geplant. Schließlich beabsichtigt das Land, die Vielzahl der bisherigen Einzelförderungen abzusenken und demgegenüber eine Spitzenförderung für ausgewählte Ensembles einzuführen.

Vorschlag:

5. Pina-Bausch-Archiv und Studiobühne einrichten.

Es wird immer wieder festgestellt, dass die Kultureinrichtung in NRW, die über die größte internationale Ausstrahlung verfügt, das Tanztheater Pina Bausch in Wuppertal ist. Es sollte ein Pina-Bausch-Archiv eingerichtet werden, welches die großen Leistungen dieser Choreographin dokumentiert, archiviert, der Wissenschaft zugänglich macht. Es sollte aber auch eine Studiobühne errichtet werden, auf der die Tänzer der Compagnie ihre eigenen Arbeiten entwickeln und ihre bei und mit Pina Bausch gemachten Erfahrungen weitertragen können. Man sollte der Tatsache Rechnung tragen, dass die Tanzszene in NRW ihre Vielfalt und Dynamik wesentlich der Arbeit von Pina Bausch verdankt. Für die Aufgabe der Dokumentation des Œuvres von Pina Bausch sollte man eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Tanzarchiv in Köln anstreben.

Empfehlung:

6. Tanzszene verstärkt fördern.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Allokation zusätzlicher Mittel für die Kunststiftung NRW (s. Empfehlung Musik, 2., S. 28) sollte die Tanzszene in NRW sein. Hier-

bei scheint es erforderlich, Schwerpunktsetzungen vorzunehmen. In NRW gibt es eine Reihe von höchst erfolgreichen Produktionsstätten. Köln, obwohl hier die meisten Tänzerinnen und Tänzer des Landes leben, hat eine solche nicht. Es wäre wichtig, hier Abhilfe zu schaffen. Angesichts der Lebendigkeit und Vielfalt der Tanzszene könnte sich Köln mit einem neuen Produktions- und Aufführungsort neben Düsseldorf und Essen profilieren. Ansätze dies zu realisieren gibt es. Sie bedürfen der Abstützung durch die Landesregierung.

Ein wesentliches Merkmal der Tanzszene ist ihre nationale und internationale Vernetzung. Die wechselseitigen Verschränkungen und Anregungen sind in dieser Kunstform seit jeher essentielles Movens der künstlerischen Entwicklung. NRW könnte mit seinen zahlreichen und unterschiedlichen Plattformen (in Krefeld, Bonn, Bielefeld, Münster, Düsseldorf, Essen und anderen Orten) die Begegnung national und international bedeutsamer Tanzkreationen ermöglichen. Die Einrichtungen in diesen Städten verfügen nicht über genügend Mittel, solche Einladungen an bedeutende Gast-Ensembles auszusprechen. Die Intensivierung derartiger Auftrittsförderung hätte zudem den wichtigen Effekt, dass diese Auftritte erfahrungsgemäß auf großes Interesse beim Publikum stoßen und mit ihnen neues Publikum für die performativen Künste gewonnen und langfristig gebunden werden kann.

Bildende Kunst | Medienkunst

Vorschläge:

6. Ein CASE NRW, Center for advanced studies in Art, Science and Economy, einrichten. Das Center könnte einer bestehenden Hochschule als An-Institut zugeordnet werden.
7. European Kunsthalle in Köln jährlich finanziell unterstützen.
8. Kunstbestände in NRW zentral erfassen und Sammlungsschwerpunkte bilden.
9. Aufstockung des zentralen Ankaufsetats für die Museen.

Empfehlung:

7. Beuys-Zentrum von Schloss Moyland nach Düsseldorf verlegen.

Ausgangslage:

In NRW haben sich im Bereich der bildenden Kunst trotz der in Deutschland immer noch führenden Stellung in den letzten Jahren Defizite aufgebaut. Einmal geht es um Maßnahmen, die der Abwanderung junger Künstler entgegenwirken. Zum anderen ist es an der Zeit, die Museen im Sammlungsbereich nachhaltig zu unterstützen. Zur Erreichung der geforderten Besucherquoten sind die Museen heute darauf angewiesen, laufend Wechselausstellungen zu machen. Für ihre Sammlungen fehlt es an Zeit und Geld.

Das Land Nordrhein-Westfalen, genauer: Das Rheinland mit den Zentren Köln und Düsseldorf, war in den 60er, 70er und teilweise auch noch in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts prägend für die bildende Kunst der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Prägnant unter dem Begriff einer Spätmoderne zusammengefasst, unterstützt durch eine breite Schicht von ortsansässigen Sammlern und getragen von der bildungskompetenten und kultivierten Urbanität der Rhein-Ruhr-Metropolen, beeinflussten die Bilddiskurse von Künstlern wie Joseph Beuys, Gerhard Richter und auch noch diejenigen der Mülheimer Freiheit die Kunstdebatten der ganzen Republik. Galeristen wie Alfred Schmela oder Konrad Fischer sorgten für die Internationalität, Museumsleute wie Karl Ruhrberg,

Jürgen Harten oder Werner Schmalenbach für die kompetente Öffentlichkeit, und Institutionen wie die Düsseldorfer Kunstakademie oder die Kölner Kunstmesse waren Leuchttürme mit avantgardistischem Pioniergepräge. Die von freiwilligen wie unfreiwilligen Rücktritten begleitete Debatte um den möglichen »Tod« oder wenigstens den Niedergang gerade dieser Leuchttürme macht deutlich, dass die Fokussierung der Rhein-Ruhr-Szene auf eine längst obsolete Spätmoderne es den etablierten Institutionen fast unmöglich macht, die einstigen Spitzenpositionen im Bereich der bildenden Künste aus eigener Kraft wieder zu erringen.

In den letzten zehn Jahren ist – ein wenig abseits vom mainstream – eine durchaus bemerkenswerte Infrastruktur zur Förderung der Medialen Künste aufgebaut worden: Inzwischen auch international so renommierte Institutionen wie die Kunsthochschule für Medien in Köln, der Hartware MedienKunstVerein Dortmund oder der Nam June Paik Award tragen nicht nur der Tatsache Rechnung, dass die Mediale Kunst schließlich in Wuppertal entstanden ist, sondern indizieren auch einen der Standortvorteile der Region. Nicht die historisch-traditionellen Künste sind das Markenzeichen des Landes NRW, sondern die Avantgarde. Innovation, Kreativität, unkonventionelles Denken und Handeln, alles Begriffe, die längst aus der Sphäre der Künste in die anderen Bereiche der Gesellschaft hinübergewandert sind, lassen sich mit den Medialen Künsten heute eher identifizieren als mit denen der klassischen (Spät-)Moderne. Längst ist nicht mehr der idiosynkratische Kunst-Welt-Verbesserer gefragt. Transdisziplinarität ist das Gebot der Stunde in jenem Zeitalter der Ungewissheit, in dem wir uns heute befinden.

Oft genug wurde es als Zumutung empfunden, das sichere Territorium der eigenen Kunst verlassen zu müssen oder, umgekehrt, die Grenzen zu denen der anderen Künste zu öffnen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Immer waren und sind es Krisen, innerkünstlerische oder solche der Gesellschaft oder beides zusammen, die wechselseitige Grenzüberschreitungen möglich, wünschbar, ja notwendig werden lassen. Krisen motivierten die Versuche, intermediale oder interdisziplinäre Beziehungen anzuknüpfen, und Krisen begründen die Notwendigkeit, auch im künstlerisch-kulturellen Bereich transdisziplinäre Lösungsstrategien zu entwickeln. Dabei ist es für die Akzeptanz transdisziplinärer Strategien unter Künstlerinnen und Künstlern nicht besonders hilfreich, dass sie ursprünglich im »Wissenschaftsbetrieb« entwickelt wurden. Nach Kunstrichtungen wie Dada und Fluxus gab es in den planungsoptimistischen und partizipationsfreudigen späten 60er/70er Jahren des letzten Jahrhunderts den ersten interdisziplinären Versuch, disziplinäre Gegenstandsbereiche stärker aufeinander zu beziehen, vor allem in

den Bereichen, die das öffentliche Leben neu konstituieren sollten: Stadt- und Regionalplanung, Gesellschaftspolitik und technologische Innovationen, nach der ersten Ölkrise dann im Bereich Ressourcenplanung. Später, als Ausfluss der Risikogesellschaft der 80er und 90er Jahre, wurden die Bereiche Ökologie, Technikfolgenabschätzung, Nachhaltigkeit virulent. Heute ist es die Globalisierung. Es sind die Pathosformeln der Forschungsverbunde, die sich der großen Zeitfragen annahmen – mit durchaus wechselnden Erfolgen. Die Künste, mit wenigen intermedialen Ausnahmen, blieben merkwürdig unbeteiligt, vielleicht als Reaktion auf die naive Selbstüberschätzung der historischen Avantgarden. Oder sie verharrten in eskapistischer, später postmoderner Gesellschaftsferne. Heute sind solche Konzepte nicht mehr tragfähig. Denn mit den revolutionären Kommunikationstechnologien, die seit dem Ende der 80er Jahre die Grenzüberschreitungen ganz hand- und fußgreiflich haben werden lassen, als touristische Reisesströme ebenso wie als Flüchtlingsströme oder virtuelle Weltenbummeleien, sind die ur-eigenen Wirkungsbereiche der Künste unmittelbar betroffen, die sinnlichen Welterfahrungsmöglichkeiten. Natürlich ist die Medialisierung aller Wahrnehmungsfelder schon seit Beginn der Modernisierung stetig vorangeschritten und vorangetrieben worden.

Die ehemals Schönen Künste haben ein ungeheures Potenzial zur Mitarbeit an den hochkomplexen Herausforderungen, die durch die globalisierte Kommunikationsgesellschaft schon jetzt entstanden sind und die unsere gesamte Zukunft bestimmen werden. Denn die Herausforderungen der Globalisierung tangieren die ästhetische Erfahrung im Kern. Sie ergeben sich aus den interkulturellen Wahrnehmungsstrukturen, sie konstruieren die Gender-Problematik neu, sie zielen auf die sinnliche Aneignung von Welt – und zwar mit allen Sinnen – im Negativen wie im Positiven.

Große Bedeutung gewinnen die vielfältigen visuellen, auditiven und performativen Erinnerungskulturen. Die Modernisierungsrisiken, ein Terminus aus einer Begrifflichkeit, die vom kulturellen Bereich auf die gesamte Gesellschaft übertragen wurde, sind eher größer geworden, seit Ulrich Beck Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts die reflexive Moderne zur Risikogesellschaft verdichtet hat. Und schließlich werden die Folgen der diversen technologischen Revolutionen für die Psyche des Menschen wie die Physis unseres Planeten immer sichtbarer.

Seit der Begriff Mitte der 80er Jahre im Umkreis des Bielefelder Zentrums für interdisziplinäre Forschung in den wissenschaftstheoretischen und bildungspolitischen Diskurs eingeführt wurde, ist so viel über den Begriff Transdisziplinarität geredet und geschrieben worden, dass der Inhalt, für den er stand, mehr und

mehr verschwamm. Dennoch ist Transdisziplinarität auch gegenwärtig wieder in der Diskussion. Die Organisatoren einer Tagung zum Thema, die von einer der einflussreichsten deutschsprachigen Plattformen für Nachwuchswissenschaftler, dem Thesis-Netzwerk, veranstaltet wurde, bringen die Gründe dafür auf den Punkt: »Wenn man es etwas zugespitzt ausdrücken wollte, so hat uns die Transdisziplinaritätsgeneration vor uns zwar große Hoffnungen und ambitionierte Entwürfe hinterlassen, aber in der Gesamtheit einen recht ausgefransten Transdisziplinaritätsbegriff und wenig Greifbares zur konkreten Umsetzung der großen Ideen in der wissenschaftlichen Praxis. Doch das soll zum Schaden der Transdisziplinarität nicht sein: Wir brauchen sie.«

Für unsere Zwecke sind drei Grundbedingungen ausreichend, um unseren Begriff von Transdisziplinarität einzugrenzen: Transdisziplinarität bezieht sich vor allem auf konkrete Projekte, die von außerhalb der Hochschule an die Forschung herangetragen werden, sie überschreitet in der Bearbeitung dieser Probleme die Grenzen der Fächer und Disziplinen, und sie verändert das Gefüge der Fächer und Disziplinen auf Dauer.

Transdisziplinäre Forschungs- und Produktionsmethoden, welche die Grenzen zwischen den Künsten überschreiten, sind ebenso gefragt wie transdisziplinäre Problemlösungen, die von Kunst, Wissenschaft und Ökonomie gemeinsam erarbeitet werden. Hier liegen für NRW gute Voraussetzungen, um ein einzigartiges kulturpolitisches Zeichen zu setzen.

Vorschläge:

6. Ein CASE NRW, Center for advanced studies in Art, Science and Economy, einrichten. Das Center könnte einer bestehenden Hochschule als An-Institut zugeordnet werden.

Die Vision

Dieses kulturpolitische Zeichen sollte in einem internationalen Forschungs- und (Kunst-)Produktionsnetzwerk bestehen, das den Künsten, den (Natur-)Wissenschaften und der Wirtschaft eine Plattform bietet, um die je eigenen Entwicklungstendenzen zu erforschen und konkrete Vorschläge für eine zukunftsorientierte Kunstpraxis im Spannungsfeld von Kunst/Wissenschaft und Wirtschaft zu erarbeiten.

Um diesem Netzwerk das initiative Fundament zu geben und ihm die nötige Kreativität zu verleihen, ist ein Institut zu gründen, das künstlerische Forschungsprojekte initiiert und gemeinsam mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen,

Wirtschaftsunternehmen, aber auch anderen kulturellen Einrichtungen realisiert: *CASE NRW*, das Center for advanced studies in Art, Science and Economy. Das Kerngeschäft von *CASE NRW* besteht darin, transdisziplinäre Projekte mit vorwiegend interkultureller und wirtschaftlicher Ausrichtung aufzugreifen (weitere Forschungsfelder sollten Gender, Urbanismus und Postkolonialismus sein) und ihnen eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die praxisnahes und visionäres Arbeiten zugleich ermöglicht. Damit soll gleichzeitig ein Kompetenznetzwerk aufgebaut werden, das geeignet ist, die vorhandenen Erfahrungspotenziale in den verschiedenen Kunst- und Forschungseinrichtungen des Landes NRW für transdisziplinäre, interkulturelle Kunstproduktionen zu konzentrieren und gezielt für verschiedene gesellschaftliche Bereiche nutzbar zu machen.

CASE NRW wird lokal verankert sein, eng mit den Forschungsinstitutionen der scientific community und der Kulturszene des Landes NRW kooperieren und gleichzeitig von seinen personellen und finanziellen Ressourcen her gesehen international ausgerichtet sein.

CASE NRW wird wegen seiner transdisziplinären Ausrichtung ein eigenständiges, renommiertes Profil innerhalb des internationalen Diskurses um die Zukunft der regionalen Kulturen im globalen Dialog gewinnen.

Infrastrukturelle, personelle und finanzielle Ressourcen

Das *CASE NRW* sollte eine eigenständige Organisationsstruktur herausbilden, sich aber im Sinne einer Netzwerkinstitution eng an die vorhandenen Institutionen anschließen.

Dies würde es erlauben, die personellen Ressourcen in relativ bescheidenem Rahmen zu halten.

a) Personelle Ressourcen *CASE NRW*:

Wissenschaftliche Leitung: 1 Vollzeitbeschäftigte(r)

Forschungsmanagement: 2 ½ Vollzeitbeschäftigte

Assistenzen: 4 Vollzeitbeschäftigte

Sekretariat: 2 Vollzeitbeschäftigte

Finanzbedarf (Infrastruktur und Personal): 3 Mio. Euro pro Jahr.

b) Einrichtung eines Forschungsfonds als public-private partnership, der etappenweise auf 10 Mio. Euro angelegt sein sollte.

c) Einrichtung eines Fachbeirates *CASE NRW* zur Verteilung der Fonds-Gelder.

Die transdisziplinären Projekte sollten weitgehend drittmittelfinanziert sein. Um die notwendige Kontinuität der Forschungsinfrastruktur zu erhalten, sind Anschubfinanzierungen notwendig. Zu diesem Zwecke sollte ein etappenweise auf 10 Mio. Euro angelegter Forschungsfonds eröffnet werden (im Sinne einer public-private partnership), um die nötige Grundausstattung für die Generierung transdisziplinärer Projekte zu bieten. Über die Verteilung dieses Forschungsfonds sollte ein Forschungsbeirat entscheiden, der mit Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft besetzt ist und die wissenschaftliche Leitung von *CASE NRW* in den strategischen Zielrichtungen berät.

Zielvorstellung

In 5 Jahren sollte *CASE NRW* ein durch Publikationen und künstlerische Produktionen ausgewiesenes Profil herausgebildet haben, um den nationalen wie internationalen Diskurs um die Künste im globalen Dialog entscheidend mitzuprägen und damit die Kreativität und Innovationsfähigkeit des Landes NRW nachhaltig unter Beweis zu stellen.

7. European Kunsthalle in Köln jährlich finanziell unterstützen.

Die European Kunsthalle Köln wurde 2005 initiiert, um ein internationales Forum für junge europäische Kunst zu bieten. Sie wird von führenden Künstlern wie Rosemarie Trockel und Marcel Odenbach unterstützt. Die Gründungsphase ist erfolgreich abgeschlossen. Das international besetzte Programmteam mit Rike Frank (Berlin/Wien), Anders Kreuger (Lund/Vilnius), Bartomeu Marí (Barcelona) und Astrid Wege (Köln) plant in Köln den Bau eines Pavillons, um an einem festen Ort den kommunikativen Austausch zwischen Kunst und Publikum zu ermöglichen. Das Projekt European Kunsthalle sollte mit jährlich 100.000 Euro unterstützt werden.

8. Kunstbestände in NRW zentral erfassen und Sammlungsschwerpunkte bilden.

Seit langem schon wird in NRW diskutiert, wie man durch das Zusammenlegen von Sammlungen Schwerpunkte bilden kann, die für die Besucher attraktiver und für die wissenschaftliche Arbeit förderlich sind. Warum zum Beispiel sollen Arbeiten des Künstlers Joseph Beuys in 30 Museen gezeigt werden und nicht schwerpunktmäßig in vier oder fünf? Die Zusammenlegung kann nicht verordnet werden. Es müssen vielmehr finanzielle Anreize geschaffen werden, die einen Tausch oder Dauerleihgaben auf freiwilliger Basis ermöglichen. Eine wichtige

Voraussetzung für ein solches Vorhaben ist die zentrale digitale Erfassung der Sammlungsbestände. Das Land NRW sollte die Museen bei diesem Vorhaben finanziell und zeitlich entlasten. Das Projekt sollte mit einmalig 500.000 Euro (für die Einrichtung einer zentralen Erfassungsstelle) und laufend mit 460.000 Euro jährlich unterstützt werden (160.000 Euro für zwei Stellen mit Nebenkosten und 300.000 Euro für die Abwicklung von Ausleih- und Tauschverträgen). Das Projekt sollte eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren haben.

9. Aufstockung des zentralen Ankaufsetats für die Museen.

Die Museen von NRW können ihr sehr hohes Niveau im Bereich der Sammlungen nur halten, wenn ausreichende öffentliche Mittel für den Ankauf wichtiger Arbeiten zur Verfügung stehen. Es wird empfohlen, den zentralen Ankaufsetat der Staatskanzlei von 1 Mio. Euro jährlich auf 10 Mio. Euro aufzustocken.

Empfehlung:

7. Beuys-Zentrum von Schloss Moyland nach Düsseldorf verlegen.

Es wird empfohlen, dass sich die Landesregierung von NRW dafür einsetzt, das Joseph Beuys-Zentrum (Joseph-Beuys-Archiv) von Schloss Moyland nach Düsseldorf zu verlegen. Düsseldorf ist der Ort, an dem Beuys maßgeblich gewirkt hat und der auch bei ausländischen Besuchern die angemessene Aufmerksamkeit finden wird. Es ist bekannt, dass NRW stiftungsrechtlich an Moyland gebunden und zu ganz erheblichen jährlichen Zuschüssen verpflichtet ist. Es ist in der Öffentlichkeit weiter bekannt, dass es innerhalb der Stiftung wiederholt zu Querelen gekommen und die Bestandsaufnahme der Werke immer noch nicht abgeschlossen ist. Entscheidend bleibt die Standortfrage. Das Werk des vielleicht wichtigsten Künstlers aus NRW gehört in die Landeshauptstadt.

Film

Vorschläge:

10. Landesmittel für kulturelle Filmförderung aufstocken und »Artist in Residence«-Programm einrichten.
11. Internationale Filmschule (IFS) und Kunsthochschule für Medien (KHM) zusammenlegen.
12. KunstFilmBiennale stärken und Preis für Kunstfilm einrichten.
13. Landesfilmarchiv: Bestände systematisieren.

Ausgangslage:

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei haben wiederholt deutlich gemacht, wie zentral für die Weiterentwicklung des Landes mit allen strukturell tiefgreifenden Veränderungen Kunst und Kultur als Initiativkraft und als Orientierung und Verortung seiner Bewohner und ihrer Interessen ist. Film als Kunst ist von den Ursprüngen an eng mit Popularität verknüpft. Seine Bedeutung ist aber immer gemessen worden an den Reaktionen der Kritik und am wirtschaftlichen Erfolg. Darüber hinaus ist die professionelle Herstellung selbst immer an sich ein Wirtschaftsfaktor. In diesem Spagat, oder besser in dieser Bandbreite, agieren alle kreativen, institutionellen und kommerziellen Vertreter dieser Branche.

International erfolgreiche Filme sind oft eindeutig lokal verortet. Die Themen müssen weltweit verständlich sein, weltweit bewegen, sind aber um so überzeugender, wenn sie für den Zuschauer genau räumlich und kulturell zuzuordnen sind. Dies ist nicht erst so, seit Film Commissions und regionale Filmförderungen ihr Geschäft aufgenommen haben. Aufgrund der komplizierten und aufwändigen Finanzierungsstrategien für Filmproduktionen sind gerade in Europa Projekte entstanden, die diese Kriterien nicht erfüllten und in Folge mit dem Schimpfwort »Euro-Pudding« belegt wurden. Auch in Deutschland führte der sogenannte Fördertourismus zu nicht mehr identifizierbaren Handlungsorten und Personenkonstellationen in einem undeutlichen kulturellen Umfeld. Unter der Forderung, regionale Identifikationsmuster mit Filmen zu liefern, die sich dem Ziel nach aber letztlich international bewähren sollen, steht auch die Arbeit der Filmförderung in NRW. Daher ist innerhalb unseres Themas wichtig zu klären, inwieweit es über-

haupt einen »nordrhein-westfälischen« Film geben kann bzw. mit welchen Maßnahmen und welchen Kriterien man Filme produzieren kann, die diesem Bundesland eindeutig zuzuordnen sind.

Die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen mit dem inzwischen integrierten Filmbüro verfügt innerhalb der regionalen Filmförderungen der Bundesrepublik über den höchsten Etat und ist auch europaweit gesehen eine der wichtigsten und größten Förderinstitutionen. Trotz dieser finanziellen Kraft wird kaum ein Film allein von der Filmstiftung finanziert – dies ist auch Teil der Richtlinien –, und die sogenannten Renommierprojekte sind häufig internationale Koproduktionen, die nicht unbedingt immer, außer in engsten Fachkreisen, mit Nordrhein-Westfalen verbunden werden. Damit ist nichts über die herausragende Qualität der geförderten Filme gesagt, sondern nur über ihre Außenwirkung und über ihre Rückwirkung in das Bewusstsein sowohl der eigenen Bevölkerung wie des internationalen Publikums. Um so häufiger werden daher bei Förderentscheidungen auch wirtschaftliche Argumente, der sogenannte NRW-Effekt, ins Feld geführt. Das zusammen mit den Interessen der beteiligten Fernsehanstalten, welche die Förderentscheidungen ebenfalls beeinflussen, sowie der Tatsache, dass die Landesmittel in der Filmstiftung gekürzt wurden, scheint die Möglichkeiten zu einer eindeutigen kulturellen Filmförderung des Landes einzuengen.

Generell ist die Aufstockung der Landesmittel in der Filmförderung notwendig, um NRW-relevante Projekte auszustatten. Eine solche Aufstockung sollte jedoch eindeutig zu einer intensivierten kulturellen Ausrichtung der Förderung führen, was nicht zwangsläufig mit Entscheidungen durch die alten Filmbürostrukturen verbunden sein muss. Vielmehr scheinen hier zwar abwechselnd, aber immer dieselben lokalen player, einmal als Antragsteller, ein anderes Mal als Entscheider, vertreten zu sein, was nicht unbedingt zu Produkten führt, welche die notwendige geforderte Strahlkraft für den Standort verbürgen.

Das Kerngeschäft der Stiftung muss sich mit erhöhten Mitteln eindeutiger auf Projekte konzentrieren, die das Kunst- und Kulturprofil des Landes verstärken. Die rein wirtschaftlichen Aspekte dürfen nicht Motor für Förderentscheidungen sein, zumal hier die NRW.Bank auch finanzielle Unterstützung für entsprechend lukrative Produktionen anbietet.

Zwar sind gewisse Standortvorteile nicht aufzuholen, was nicht nur für den Film gilt, sondern z.B. auch für die Mode: Mailand und Paris sind nicht abzulösen, wohl aber kann Joop sich mit Potsdam verbinden und Jil Sander wird immer für Hamburg stehen, auch wenn sie inzwischen international in einem Konzern vermarktet wird. So oder so ähnlich sollte sich die Entwicklung für bestimmte Filmproduktionen bzw. Filmschaffende auch gestalten können. Henckel von Donners-

marck wollte immer nach Hollywood, aber Tom Tykwer? Die hier vorhandenen Möglichkeiten und Mittel sollten phantasievoll als Anreiz eingesetzt werden, zumindest einige wichtige Namen eng mit dem Land zu verbinden und als Identifikationsangebot nach innen und nach außen zu kommunizieren.

Schule und Film sind ein wieder populäres Thema, wozu in NRW schon viele Anstrengungen unternommen worden sind. Die Vernetzung von Künstlern mit Schulen ist ein wichtiger Baustein der kulturellen Bildung. Film als Bildungsangebot und Querschnittsangebot in unterschiedlichsten Fächern sollte ebenfalls Eingang in den Unterricht finden. Darüber hinaus ist zu betonen, wie wichtig die ästhetische Bildung, zu der eine kompetente Medienerziehung ebenfalls beitragen kann, integrative Bemühungen in Gesellschafts- und Migrationsfragen in den Schulen unterstützt.

Die beiden wichtigsten Ausbildungsstätten für Film sind die Kunsthochschule für Medien (KHM) und die Internationale Filmschule (IFS), beide in Köln. Die Ergebnisse aus der KHM, gerade auch angesichts ihrer Mittel (z.B. im Vergleich zur Filmakademie Baden-Württemberg) sind außerordentlich. Der Ruf der IFS ist ebenfalls sehr gut. Zusammengeführt, wie die Kommission es vorschlägt, können sie noch effizienter sein. Darüber hinaus sind im Sinne der Verschmelzung von Kunstformen und der Weiterentwicklung der Technik zukunftsorientierte künstlerische Kooperationen zwischen diesen Hochschulen wie auch der Kunstakademie Düsseldorf, Folkwang Essen etc. notwendig.

Dieser so qualifiziert ausgebildete Nachwuchs sollte da, wo es sich anbietet und wo das Interesse besteht, mit attraktiven Angeboten im Land gehalten werden. Das Gründerzentrum NRW bietet dafür eine gute Möglichkeit. In der Zusammenarbeit mit den Fernsehanstalten sollten darüber hinaus planbare existenzsichernde Möglichkeiten für die Förderung von Nachwuchskräften geschaffen werden. Verglichen mit dem Gesamthaushalt der Filmstiftung scheinen 500.000 Euro, die zur Zeit für die ausdrückliche Nachwuchsförderung reserviert sind, gering. In einigen Vorschlägen der Kommission taucht die Kombination Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft als wünschenswerte und sich ergänzende Strategie auf. Auch hier bietet das Land gegenüber anderen Regionen ausgezeichnete Möglichkeiten, zukunftsweisende Projekte im digitalen Bereich zu entwickeln. Hier bieten sich aber auch gezielte internationale Partnerschaften an.

Daher wird an dieser Stelle eine Anregung gegeben, die auch alle vorgenannten Felder der Filmpolitik betrifft: Die Kommunikation zwischen den einzelnen Institutionen und Veranstaltern muss erhöht und verbessert werden, notwendig ist die Vernetzung zwischen Produzenten, Künstlern, Dienstleistern, Sendern, Festivals und Filmschulen. Dazu gehört logischerweise auch, dass die Film-

stiftung vor Ort ihre Beratungsarbeit samt Ansiedlungspolitik aufnimmt. Wenn Bündelungen sinnvoll sind, sollten sie umgesetzt werden, darüber hinaus muss aber eine Vernetzung des gesamten Sektors stattfinden. Dies ist im Sinne der Wahrnehmung unabdingbar, denn es ist eher kontraproduktiv, wenn einzelne Einrichtungen dominieren, statt zu integrieren. Diese Forderung richtet sich daher im gleichen Maß auch an die Staatskanzlei, wo ebenfalls Transparenz, Kommunikation und Bündelung der Zuständigkeiten sinnvoll wären.

Der 5. Kulturwirtschaftsbericht liefert die Analyse, die nun aufgenommen und ausgebaut werden muss: eine gewünschte Clusterbildung für die Filmwirtschaft als Teil der Kreativwirtschaft hat sich bereits vollzogen und sollte nicht aufgrund subregionaler Befindlichkeiten verwässert werden. Köln ist der Mittelpunkt der Filmszene und Filmwirtschaft, der natürlich einen Einzugsbereich hat, der über Düsseldorf ins Ruhrgebiet hineinwirkt, aber darüber hinaus nicht auszuweiten, sondern auf Köln zu konzentrieren ist. Daher ist es richtig, das Gründerzentrum und die Schulen hier zu anzusiedeln, auch weitere Schritte in der Konzentration der Filmbranche sollten sich auf Köln beziehen.

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine Fülle kleinerer und mittlerer Festivals, die bis auf wenige Ausnahmen subregional und lokal ihre Bedeutung haben und sicher zur Verbindung der Bevölkerung mit dem Thema beitragen und die Attraktivität der jeweiligen Kommune erhöhen. Über die Bedeutung der großen, sprich internationalen Filmfestivals im Land sollte diskutiert werden. Die Kunst-FilmBiennale hat es innerhalb kurzer Zeit geschafft, Alleinstellungsmerkmale ohne »Künstlichkeit« zu kreieren, und ist dabei, z.B. mit abendfüllenden fiktionalen Stoffen, ein breiteres Programm zu schaffen und ein breiteres Publikum anzusprechen. Dies ist ein sehr ausbaufähiger Ansatz. Auf alle renommierten Festivals bezogen, könnten gezielte Vernetzungen und Partnerschaften in Deutschland, in vielen Fällen aber durch geeignete Kooperationen mit dem Ausland die Akzeptanz der Festivals erhöhen und verbreitern.

Das audiovisuelle Erbe zu sichern ist eine Forderung innerhalb der EU. Das Beispiel der Landesfilmsammlung in Baden-Württemberg, die, zentral und inzwischen immer weiter digitalisiert, historisches Filmmaterial aus privaten und kommunalen Beständen sichert und zugänglich macht zeigt, dass dies zu einer konkreten Erfahrung mit der eigenen (filmischen) Vergangenheit beiträgt.

Für unsere gesamte Diskussion, aber bestimmt auch für die Wahrnehmung des Filmstandorts Nordrhein-Westfalen, ist ein Label unbedingt erforderlich. So intelligent die graphische Version von NRW ist, mit der die Filmstiftung agiert, so wenig ist sie jedoch auf den Gesamtsektor anwendbar. Daher sollte die auch in anderen Sektoren unserer Diskussion auftauchende Labelfrage den Film mit ein-

schließen. Die Schubkraft von Ruhr.2010 muss genutzt werden. Rhein-Ruhr ist sicher auch das Zentrum für die Filmbranche, selbst wenn die Kommission für das Cluster Köln plädiert, scheint uns dies für eine Außenwerbung des Standorts zu klein gefasst.

Vorschläge:

10. Landesmittel für kulturelle Filmförderung aufstocken und »Artist in Residence«-Programm einrichten.

Die Einrichtung der Filmstiftung NRW 1991 war ein entscheidender Schritt innerhalb der umfangreichen Maßnahmen der Film- und Medienpolitik des Landes, den Filmstandort zu kreieren, zu festigen und sukzessive auszubauen. Daher war die Landesregierung von Anfang an bereit, zusammen mit dem WDR erhebliche Mittel aufzuwenden und der Fördereinrichtung vom Start an budgetär den Spitzenplatz in der Reihe der regionalen Filmförderungen zu schaffen. Diese Aufbauphase wurde genutzt, NRW neben den klassischen Filmstandorten München, Berlin und Hamburg zu etablieren. In den kommenden Jahren wurden nach dem Vorbild von NRW weitere regionale Filmförderungen gegründet. Der Fernsehstandort NRW wurde gezielt gefestigt durch die Ansiedlung zusätzlicher Sender und Produktionseinheiten neben dem WDR, was dazu führte, dass der Fernsehproduktionsstandort mit vielen Show- und Talkformaten inzwischen der wirtschaftliche Motor hinter den Zahlen ist, die für die Kreativwirtschaft aufgelistet werden.

Wie aber lässt sich die kulturwirtschaftliche Filmpolitik des Landes nachhaltig stärken?

2007 belief sich der Etat der Filmstiftung auf rund 34,7 Mio. Euro. Davon stellten die beteiligten Fernsehsender WDR/ZDF/RTL/ Pro7Sat1 22,4 Mio Euro zur Verfügung, die Landesmittel betragen nach der zwanzigprozentigen Kürzung im Jahr 2006 11,3 Mio. Euro.

Da sich kaum Filmunternehmen angesiedelt haben, die große Kinoprojekte aus dem Land heraus entwickeln, sondern die Fördermittel häufig in sehr renommierte, jedoch kaum mit NRW zu identifizierende Koproduktionen flossen (z.B. diverse Projekte von Ken Loach, Lars von Trier etc.), muss mit der Forderung, die Landesmittel mindestens um die gekürzten 2,5 Mio. Euro aufzustocken zwingend verbunden sein, die Förderintention viel stärker kulturell auf das Land auszurichten. Die Produzenten und Filmschaffenden sollen nicht nur die wirtschaftli-

chen Rahmenbedingungen mit ihren Projekten erfüllen, sondern kreative Schwerpunkte schaffen. Es ist für die Zukunft entscheidend, dass ambitionierte Filme gefördert werden, die entweder durch die Inhalte oder die mit ihnen verbundenen Kunstschaaffenden eindeutig die kulturelle Identität des Standorts bezeugen und mit ihm verbunden sind.

Der talentierte Nachwuchs, der aus dem Land kommt bzw. hier ausgebildet wird, muss erfolgreich gebunden werden – das neue zusätzliche Förderprogramm in Höhe von 1,5 Mio. Euro ist ein wichtiges Signal, das nicht in Frage gestellt werden darf.

Entscheidend ist aber auch, den technologischen Wandel in der Förderpolitik des hochentwickelten Industriestandorts mit eigenen Förderetats und Modellen auszustatten und abzubilden.

Ein weiteres Förderinstrument wäre die vorübergehende Ansiedlung von »Artists in Residence«, die entweder mit Projektentwicklungen (oder einer Lehrtätigkeit) während ihres Aufenthaltes an einem inspirierenden Ort noch zusätzlich gebunden werden könnten, sodass sich die Arbeit bestimmter Künstler eindeutig mit NRW verbinden lässt.

Finanzen:

Aufstockung der Landesmittel in der Filmstiftung um mind. 2,5 Mio. Euro pro Jahr.

»Artists in residence« – pro Künstler (Aufenthalt und Projekt)/ ein Jahr ca. 150.000 Euro.

11. Internationale Filmschule (IFS) und Kunsthochschule für Medien (KHM) zusammenlegen.

Die Erfolge auf den letzten großen nationalen und internationalen Festivals haben es wieder einmal bewiesen: Die Filmschulen in NRW bilden auf hohem Niveau aus und haben mit den Filmen ihrer Diplomanden und Absolventen außerordentlich großen Erfolg. Die Kunsthochschule für Medien (KHM) und die Internationale Filmschule (IFS) können auf herausragende Produktionen trotz häufig sehr geringer Produktionsmittel verweisen.

Beide Schulen haben viele vergleichbare Ausbildungsstränge und sich ergänzende Angebote. Das führt zu Konkurrenz unter Studierenden und Projekten. Wichtig ist aber, Konvergenz statt Konkurrenz zu stimulieren und die möglichen Synergie-Effekte gezielt herbeizuführen.

Deshalb gibt es viele sachliche Gründe für eine Zusammenlegung beider Institute. Dabei ist die unterschiedliche rechtliche Struktur der beiden Einrichtungen zu berücksichtigen (Hochschulstatus bzw. GmbH mit dem Gesellschafter Filmstiftung NRW).

Das zusammengeführte Institut muss sich schärfer profilieren, wobei unterschiedliche Studiengänge zu berücksichtigen sind. Das bedeutet, dass der Bereich IFS sich sowohl um die Internationalität wie auch die verstärkte Ausrichtung auf ein postgraduate Studium, masterclasses und eine ausgewiesene Ausbildung im Bereich creative producing kümmert und die KHM um die umfassende künstlerisch akzentuierte Film- und Fernsehausbildung.

Die neugegründete Dokumentarfilmschule in Lindlar wird ebenfalls von der Filmstiftung NRW unterstützt. Dieses Zusatzangebot wäre aber bei einer gezielten Clusterbildung nahe an den Kulturschaffenden und den Abnehmern ebenfalls in Köln richtiger verortet. Letztlich gilt dies auch für den Sitz der Filmstiftung selbst.

Der im Land ausgebildete Nachwuchs sollte als kreative Potenz in enger Zusammenarbeit zwischen Schule(n), den Sendern und der Filmstiftung in Köln vernetzt und weiter gefördert werden und damit in größerem Maß gezielt an das Land gebunden werden.

Finanzen:

Die Kosten sind nicht zu beziffern – möglicherweise entstehen Kosten für Unternehmensberatungs- und Rechtsberatungsaufwand.

12. KunstFilmBiennale stärken und Preis für Kunstfilm einrichten.

Die wachsende Bedeutung der ebenfalls richtigerweise in Köln und neuerdings zusätzlich in Bonn zwischen Museen und Kinos angesiedelten KunstFilmBiennale spiegelt die Interaktion zwischen Film und Kunst, laut Kulturwirtschaftsbericht der Stadt Köln zwei der wichtigsten Segmente der Bilanz (Platz 1 und 3), in einem attraktiven Umfeld und mit attraktiven Inhalten wider.

Nach sechs Ausgaben hat die Veranstaltung ein unverwechselbares Profil, wiewohl sich ihr Programm erweitert und immer größere Spektren des künstlerischen Schaffens im Film, in der bildenden Kunst und in allen Zwischenformen der medialen Fusion von Bild, Ton und Bewegung abbildet. Mit diesem Profil ist das Festival unverwechselbar in der inzwischen »überwölkerten« Festivalszene der Bundesrepublik und kann – im Gegensatz zu Berlin, wohin die Kunstszene abwandert, die Filmförderung und Präsentation sich jedoch dieses Themas nicht

annimmt – innovativ und international auftreten und ausstrahlen. Gerade die Einbeziehung abendfüllender fiktionaler Stoffe hat in der letzten Ausgabe ein noch breiteres Publikum angesprochen, so dass diese Resonanz auch ein geeigneter Ausgangspunkt sein könnte, das Festival mit einem Landesfilmpreis herauszuheben.

Es werden zwar bereits zwei wichtige Preise vergeben: der VG Bild-Kunst Preis für den experimentellen Film in Höhe von 25.000 Euro und der Preis der Deutschen Filmkritik für den besten Film im Themenbereich der Filme von oder über Künstler. Aber ein neugeschaffener und gut ausgestatteter Filmpreis des Landes für einen künstlerischen Film wird das Festival noch deutlicher positionieren und die Spezialisierung in der Kunstpolitik des Landes herausheben.

Kosten: 50.000 Euro Preisgeld

Noch wichtiger aber ist, die Biennale gemäß ihrer jetzigen Bedeutung, aber auch entsprechend ihrer Wachstumschancen und Ausstrahlung weit über den regionalen Rahmen hinaus, besser finanziell auszustatten. Das derzeitige Budget von 250.000 Euro, im Vergleich zu den Etats der übrigen größeren Festivals (z.B. Kurzfilmtage Oberhausen, Frauenfilmfestival Dortmund/Köln) sollte durch Landesmittel und durch die Beteiligung der Filmstiftung NRW an diesem internationalen Event deutlich aufgestockt, d.h. mindestens verdoppelt werden. Mit diesem Schritt sollte das Festival ebenfalls in eine eigene Trägerschaft überführt werden.

Kosten: mindestens 250.000 Euro alle zwei Jahre.

13. Landesfilmarchiv: Bestände systematisieren.

Das audiovisuelle Erbe zu sichern ist eine Forderung innerhalb des Mediaprogramms, aber auch der kulturpolitischen Agenda der Europäischen Kommission. Der Aufbau einer Landesfilmsammlung, der mit den Mitteln der digitalen Speicherung auch die Zugriffsmöglichkeiten auf die Archivmaterialien vergrößert und erleichtert, trägt zur Verbreitung und Identifizierung mit der eigenen filmischen Vergangenheit bei.

Die vorhandenen Filmbestände in Landeseinrichtungen und kommunalen Archiven wurden bereits umfassend recherchiert und schriftlich erfasst. Eine Vernetzung und Zentralisierung der Quellen zur Nutzung durch private, wissenschaftliche und professionelle Interessenten ist eine längerfristige Aufgabe, die aber in vielen Ländern bereits vollzogen wird.

Darüber hinaus ist die Erfassung und Archivierung, aber auch die Präsentation von Filmkunst notwendig. Sie wird zwar in Düsseldorf in der Black Box noch

betrieben, wurde aber auch in der Kinemathek in Köln, die vormals im Museum Ludwig integriert war, eingestellt. Durch Erfassung und Archivierung können in NRW zentrale Orte für die intensive Auseinandersetzung mit der Siebten Kunst geschaffen werden.

Kosten für Filmsammlung des Landes: jährlich ca. 300.000 Euro.

Literatur

Vorschläge:

14. Literarisches Festival der Kulturen NRW veranstalten.
15. Literarisches Zentrum NRW einrichten.

Empfehlung:

8. Eine Expertenkommission soll die Lage der Bibliotheken in NRW erkunden und ein Aktionsprogramm entwickeln.

Vorschläge:

14. Literarisches Festival der Kulturen NRW veranstalten.

Ausgangslage:

In Nordrhein-Westfalen leben Menschen aus mehr als 180 Nationen und über 200 religiösen Bekenntnissen zusammen. Fast ein Viertel der Bevölkerung des Landes hat eine Zuwanderungsgeschichte, bei den jungen Menschen sind es rund 30 Prozent. In demographischen Berechnungen werden meist der für die nächsten Jahrzehnte zu erwartende Schwund sowie die Alterung der Bevölkerung herausgestellt, nicht aber die mit der Zuwanderung verbundene Kulturenmischung. Die zunehmende Vielfalt der Kulturen stellt jenes Integrationsproblem, das lange bekannt ist, für das aber die Kulturpolitik, trotz mancher Initiativen, erst wenige brauchbare Konzepte entwickelt hat. Die Zuwanderung erscheint unter der Perspektive eines Problems, nicht unter der einer Chance. Dabei wird Integration dann häufig als eine »Einbahnstraße« gesehen, wonach sich die Zuwanderer der Mehrheitskultur zu nähern haben. Die aktive Kenntnis der Zuwanderungskulturen (auch die größerer Bevölkerungsgruppen) ist wenig verbreitet.

Einer der stärksten Lebenswünsche des Menschen ist »gekannt zu sein«. Damit sind gegenseitige Kenntnisse von Lebensgewohnheiten, Gebräuchen, Riten, Kunst- und Literaturformen aller Art, als die prioritären Faktoren kultureller Integration, durch nichts zu ersetzen. Der Städtetag Nordrhein-Westfalen hat

zu Recht im »Kölner Appell« im Frühjahr 2008 eine stärkere Orientierung der kommunalen Kulturpolitik auf die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte und eine aktive Beteiligung von Migranten und ethnischen Minderheiten an dieser Politik gefordert. Die Landesregierung von NRW hat ein auf drei Jahre hin angelegtes »Programm zur Professionalisierung des interkulturellen Kunst- und Kulturmanagements« vorgelegt, private Initiativen wie Dialog e.V. Duisburg, das Internetarchiv historischer Bücher zum deutsch-türkischen Verhältnis, die Bonner Buchmesse Migration etc. zielen in die gleiche Richtung. Trotzdem ist die auch wirtschaftlich erfolgreiche lit.Cologne – wie im »Kölner Kulturwirtschaftsbericht« (2007) nachzulesen ist – noch immer ein rein deutsches Ereignis.

Projektbeschreibung:

An diese hier schlaglichtartig beleuchtete Situation knüpft der Vorschlag an, in einem einmal jährlich, über mehrere Tage hin zu veranstaltenden Festival unter dem Namen »Gekannt zu sein«, *Literarisches Festival der Kulturen NRW* die Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungsschichten auf die Notwendigkeit des interkulturellen Lernens und Lebens zu lenken und zugleich den zugewanderten Kulturen eine Bühne zu sichern, von der aus sie in ihrem Eigensein über die Grenzen des Landes hinaus wahrgenommen werden. Das Festival sollte jeweils wechselnde nationale und kulturelle Schwerpunkte haben. Damit erhalten im Laufe der Zeit größere (aber auch kleinere) Zuwanderergruppen nicht nur die Möglichkeit zur Selbstdarstellung, sondern auch Möglichkeiten, jene Kontakte zu knüpfen, die zur Entwicklung von Kulturen unter Migrationsbedingungen und so auch zur Entdeckung neuer Formen interkultureller Begegnung notwendig sind. Zu denken ist z.B. an Schwerpunkte für Zuwanderer aus der Türkei, aus Russland, aus dem Iran, aus dem Libanon, aus Afghanistan, aus Indien etc., doch sollte auch den Japanern und den Niederländern, die (aus geschäftlichen und anderen Gründen) mit starken Bevölkerungsgruppen in NRW vertreten sind, die Möglichkeit gegeben werden, sich am Literarischen Festival der Kulturen NRW prominent zu beteiligen. Der »7. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland« (2007), die in der Presse unter dem Tenor »Einwanderer-Elite beflügelt Deutschland« gefeierte Sinus-Studie über »Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2007« sowie die Pilotstudie »Kulturelle Vielfalt in Dortmund« vom 1. April 2008 bieten für die kulturellen Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (auch und gerade in NRW) anschauliches und gut aufbereitetes Material.

Im Mittelpunkt des Literarischen Festivals der Kulturen NRW sollten Auto-
renlesungen in der jeweiligen Landessprache stehen, die von einem professionel-

len Übersetzerteam in Textdarbietung und Diskussion an ein deutschsprachiges Publikum vermittelt werden. Da es längst qualitätsbewusste interkulturelle Literatur gibt, sollten Texte von in deutscher Sprache schreibenden Zuwanderern gleichberechtigt neben die Texte in der Herkunftssprache treten, um den durch Migration erzeugten Kulturwandel anschaulich zu machen. Bei der Auswahl der Autoren ist aber vorrangig auf literarische Qualität, nicht auf das Thema »Migration« zu achten. Auch sollte eher dem Grundsatz »20 Lesungen an einem Tag« gefolgt werden als dem Grundsatz »20 Lesungen an 20 Tagen«. Filme, Konzerte, Gesprächsforen unter Einbeziehung des Publikums, Tanz- und Theateraufführungen könnten das primär literarisch angelegte Festival, das auch für junge Menschen attraktiv sein müsste, ergänzen. Der Erfolg der lit.Cologne könnte Ansporn und Vorbild für das hier gemeinte Festival sein. Es sollte in der Rhein-Ruhr-Region (wegen des dort starken Anteils von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an der Bevölkerung) veranstaltet werden.

Anzustreben ist ein Verbund von öffentlichen und privaten Trägern des Festivals, wobei für die Federführung das Haus der Geschichte in Bonn oder das Literaturhaus in Köln gefragt werden könnten. Dieses Literarische Festival der Kulturen NRW sollte zunächst für einen Zeitraum von zehn Jahre geplant, aber schon nach drei Jahren erstmals auf Wirkung und Notwendigkeit hin evaluiert werden. Durch qualitätsbewusste Ankündigung, Organisation, Auswahl der Autoren und Durchführung nämlich müsste vermieden werden, dass es in die Nischen der Migrations-Folklore abgedrängt wird.

Finanzen:

Gelingt es, einen Verbund aus öffentlichen und privaten Trägern für das Festival zu bilden und insbesondere den WDR für die Mitarbeit zu gewinnen, könnte sich die staatliche Finanzierung in Grenzen halten. Doch ist insgesamt mit laufenden Kosten von jährlich 500.000 Euro zu rechnen. Aus dieser Summe könnten Autoren- und Übersetzerhonorare, Hilfskräfte, ein Autoren- und Verlagskatalog bzw. ein Textband mit Übersetzungen, Saalmieten, Reisekosten für den Beirat u.a. bezahlt werden. Nicht eingeschlossen in diese Summe ist eine zu bildende Managementgruppe, die aus einem ständigen Team von zwei bis drei mehrsprachigen Personen bestehen müsste. Deren Mehrsprachigkeit muss sich auf die Sprachen der großen Zuwanderergruppen, nicht auf Englisch, Französisch oder Niederländisch beziehen. Zusammen mit einem etwa zehn Personen umfassenden Beirat (aus Autoren, Verlegern, Kritikern, Übersetzern, Wissenschaftlern) wählt diese Gruppe die jeweiligen kulturellen Schwerpunkte aus und ist für das Management des Literarischen Festivals der Kulturen NRW zuständig. Die aufzu-

wendende Gesamtsumme ist demnach auf jährlich etwa 800.000 Euro zu schätzen. Bestehende kleinere Initiativen (wie etwa die Bonner Buchmesse Migration) könnten in dieses Konzept, sie müssen aber nicht einbezogen werden. Professionalität auch im Management ist oberstes Gebot, wenn sich das vorgeschlagene Festival (das auch in einem entsprechenden Internetauftritt anzukündigen und der Kritik auszusetzen ist) zu einer überregionalen Veranstaltung mit Ansehen und Ausstrahlung entwickeln soll.

15. Literarisches Zentrum NRW einrichten.

Ausgangslage:

Literatur wird – gegenüber anderen Medienbereichen – häufig deshalb finanziell und institutionell nachrangig behandelt, weil literarische Arbeit zu Vereinzelung und Einsamkeit tendiert, obwohl mit ihr dann große öffentliche Wirkung erzielt werden kann. Auch fordert das Lesen auf den ersten Blick (allerdings nur auf den ersten Blick) größere Anstrengung als etwa der Gebrauch visueller Medien. Doch ist Lesekompetenz grundlegend auch für naturwissenschaftliche und mathematische Denkweisen. Nordrhein-Westfalen ist mit seinen Musik- und Kunsthochschulen ein international herausragender Kunststandort. Dass zumindest die Region um Köln auch ein herausragender Standort für Literatur ist und sich die lit.Cologne zum größten Literaturfestival der Welt entwickelt hat, ist weniger bekannt – und darin liegt das Problem. Wie der »Kölner Kulturwirtschaftsbericht« (2007) belegt, ist Köln zwar einer der größten deutschen Sammelpunkte für Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus aller Welt, hat aber (im Gegensatz etwa zu Berlin und München) als Literaturstadt keinen internationalen Ruf. Der Bericht spricht (mit nachvollziehbaren Beispielen) von »einer unkoordinierten Literaturszene«, mit einzelnen Schwerpunkten (Messe, Literaturhaus, »Ein Buch für die Stadt«, Literarischer Salon etc.), aber ohne Koordination und Vernetzung. Dies hat auch unmittelbare wirtschaftliche Folgen, da zum Beispiel der Buch Einzelhandel von der lit.Cologne kaum profitiert, diese somit als »Event« isoliert bleibt. Was für die Kölner Metropole gilt, gilt in Variationen für das ganze Land NRW. Dessen insgesamt kräftige und breit gestreute, im Norden und Osten des Landes freilich nicht mehr ähnlich stark wie auf der Schiene Köln–Münster ausgeprägte, Literaturszene existiert ohne Vernetzung, ohne ein informierendes Zentrum. Die große Zahl der Literaturpreise, die auch in NRW jährlich verteilt werden, ist kein Ersatz für die in der bildenden Kunst und der Musik längst eingeschlagenen neuen Wege der Kunstförderung.

Projektbeschreibung:

So stellt sich die Aufgabe, zwar nicht die kreative und oftmals gesuchte Einsamkeit der Autoren zu beenden, wohl aber der nicht gesuchten Tendenz zur Verein-samung entgegenzutreten und andererseits für die Literatur in Nordrhein-West-falen ein förderndes, organisierendes und belebendes Zentrum zu gründen, von dem sich Schriftstellerinnen und Schriftsteller (einschließlich Sachbuchautoren und Kritiker) ebenso angesprochen fühlen wie die große Gruppe der kleineren und mittleren Verlage, deren vielfältiges Verlagsangebot in den großen Buchhan-delsketten nicht verkauft wird.

Ein solches Zentrum hat idealiter drei Aufgabenbereiche: Förderung, Infor-mation, Unterricht. Ob alle drei Bereiche zugleich etabliert werden können, sollte erprobt, aber nicht mit Macht herbeigeführt werden. Neben der Förderung der Arbeit von Schriftstellern ist einem solchen Zentrum die Aufgabe zu übertragen, durch Veranstaltungen, Publikationen und via Internet breite, aber gewichtete Informationen über die gesamte Literaturszene des Landes anzubieten. Ein Jahr-buch könnte von Anfang an über Angebote, Aufgaben und Ergebnisse des Zen-trums berichten. Zum Informationsangebot sollten auch Buchausstellungen nach dem Vorbild von BuchLust in Hannover gehören, in denen kleinere Verlage ein Schaufenster erhalten. Die ausstellenden Verlage sollten sich an den Kosten der Ausstellungen beteiligen. Ob sich um diese Tätigkeiten (Förderung und Informa-tion) herum dann noch eine Unterrichtstätigkeit derart entwickeln könnte, dass kostenpflichtige Fortbildungskurse für kreatives Schreiben veranstaltet werden können, sollte der Entwicklung überlassen bleiben.

Als Organisationsform des Zentrums bietet sich (wie beim Übersetzer-Kollegium in Straelen) die Kollegform an. Es sollte unter dem Namen *Literarisches Zentrum NRW* nach Möglichkeit entweder im Raum Köln/Bonn oder im Mün-sterland errichtet werden. Das Zentrum sollte nicht in Konkurrenz zu der neu gegründeten Klasse Kunst der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissen-schaften, dem Literaturhaus Köln oder dem Düsseldorfer Literaturbüro NRW treten, sondern die genannten Informations-, Vermittlungs- und (eventuell auch) Unterrichtsaufgaben um den Kern eines Stipendienprogramms herum entwik-keln, das jährlich etwa sechs bis sieben Schriftstellerinnen und Schriftstellern (Kritiker und Übersetzer eingeschlossen) einen Stipendienaufenthalt von je sie-ben Monaten ermöglicht. Vorbilder dafür könnten die »Accademia Tedesca Roma Villa Massimo« oder das »Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf« in Brandenburg sein. Im Unterschied zu deren Stipendienregeln verpflichten sich die Fellows des Literarischen Zentrums NRW, mit ihrem Rat, ihrer Erfahrung und ihren Wün-schen (inhaltlich, nicht technisch) am Aufbau und der Weiterentwicklung des

Zentrums mitzuwirken. Der Aufenthalt im Literarischen Zentrum NRW sollte im übrigen der Arbeitsruhe, dem gemeinsamen Gespräch und somit der kreativen Anregung dienen. Während der Stipendienzeit besteht Residenzpflicht. Jede Stipendiatin, jeder Stipendiat hat die Pflicht, sich, neben der Beratung des Zentrums im Blick auf Veranstaltungen und Informationen, während der Residenzphase einmal der Öffentlichkeit in einer Lesung mit Diskussion zu stellen. Der Unterrichtsteil, der sich in den Kursen an unterschiedliche Interessenten richtet, an Autoren, Kritiker, Übersetzer und Verleger, sollte je nach der Verfügbarkeit von Mitteln gegen Mitte der zunächst auf zehn Jahre zu berechnenden Laufzeit des Zentrums aufgebaut werden.

Das Zentrum müsste von Anfang an so hochrangig besetzt sein, dass ein Stipendium dort und die Mitwirkung am Informations- und Veranstaltungsangebot als Auszeichnung gilt, die international beachtet wird. Nach der Stipendienzeit bleiben die Stipendiatinnen und Stipendiaten Mitglieder des Zentrums, so dass nach und nach eine Literarische Akademie von Rang entsteht, die in halb- oder vierteljährlichen Sitzungen über die Fortentwicklung und den Arbeitsauftrag des Zentrums berät. Für eine zweijährige Anlaufphase ist eine Gründungskommission zu bilden, die – unter Mitwirkung von Verlagen und Sponsoren – das Gründungskonzept beschließt und die ersten Jahrgänge auswählt. Da das Zentrum neben der Stipendiatenbetreuung die genannten organisierenden und informierenden Aufgaben übernimmt, müsste es stufenweise, im Laufe mehrerer Jahre, entwickelt werden, von Anfang an aber das Informationsangebot neben der Stipendienvergabe als Kernaufgabe definieren.

Finanzen:

Das Literarische Zentrum NRW wird neben relativ hohen Anfangsinvestitionen (Suche und Anmietung oder Kauf eines geeigneten Hauses, Computerausstattung etc.) im Endausbaustand laufende Kosten von etwa 2,5 Millionen Euro jährlich verursachen. Diese Kosten entstehen durch Stipendien sowie die personelle und sachliche Infrastruktur für den Betrieb des Zentrums. Die Kostenschätzung orientiert sich an den Anfangskosten der bestehenden Institutes for Advanced Study (in Berlin, Delmenhorst, Erfurt etc.). Dem Zentrum müsste eine kleine Handbibliothek angeschlossen sein. Sollte es in einer Stadt errichtet werden, empfiehlt sich eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Bibliotheken und dem Buchhandel.

Für die Literatur und ihre Förderung in NRW gilt wie für andere Kultur- und Kunstbereiche, dass die Stärken dieses Sektors zugleich seine Probleme sind. Es gibt in NRW eine breit gefächerte und hoch differenzierte Literaturlandschaft,

mit mehr als 1300 Autoren, mit zahlreichen literarischen Gesellschaften, Festivals, Museen, Bibliotheken, Verlagen, literarischen Preisen etc., es gibt aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum national oder international sichtbare Schwerpunkte, wie sie für Länder charakteristisch sind, in denen Kultur und ihre Förderung als hochrangige Politikziele anerkannt sind. Ausnahmen sind z.B. die lit.Cologne in Köln, die auch eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte hat, das Europäische Übersetzer-Kollegium in Straelen, das sich rasch einen internationalen Ruf erworben hat, oder auch eine literarische Gesellschaft wie die Heinrich-Heine-Gesellschaft und das Heine-Institut, die gute Verbindungen zur internationalen Heinrich-Heine-Forschung haben. Doch die Regel sind solche Erfolgsschichten nicht.

Insbesondere ist zu konstatieren, dass das Arbeitsfeld »Zuwanderungs-Kulturen« nicht genügend beachtet wird und die Literaturszene des Landes zerstreut, vereinzelt und auch in großen Städten wie Köln kaum koordiniert ist. Zwar ist NRW der Sitz zahlreicher interessanter mittelgroßer und kleinerer Verlage mit einem reichen Medienangebot, doch gibt es auch für sie zu wenige Möglichkeiten der Selbstdarstellung und der Vereinigung, die ihnen im Schatten der großen Buchhandelsketten die (über)lebensnötigen Vorteile verschaffen. Wenn die Projekte Literarisches Festival der Kulturen NRW und Literarisches Zentrum NRW verwirklicht werden könnten, wären die auffallendsten Schwachpunkte im Bereich der Literaturförderung in NRW behoben. Das Land könnte damit auch vorbildlich werden für neue Wege der Kunstförderung und für neue kulturelle Wege bei der Integration von Zuwanderern.

Empfehlung:

8. Eine Expertenkommission soll die Lage der Bibliotheken in NRW erkunden und einen Aktionsplan entwickeln.

Die Rolle der Literatur innerhalb der kulturellen Bildung in Elternhaus, Schule und Hochschule wird hier nicht behandelt, obwohl dort Grundlagen für alle weiterführenden Aktivitäten gelegt werden. Doch ist dieser Sektor so komplex, dass er eines eigenen Expertenberichtes bedürfte. Wird also der Gesamtbereich Schul- und Hochschulbildung ausgespart, so ist das Bibliothekswesen des Landes der dritte Bereich, der im Sektor Literatur der öffentlichen Aufmerksamkeit bedarf. NRW ist ein Land mit einer hoch differenzierten und traditionell stark ausgebil-

deten Bibliothekskultur. Das gilt für die Öffentlichen Bibliotheken ebenso wie für die Wissenschaftlichen Bibliotheken, wobei auch große und europaweit angesehene Zentralbibliotheken, wie die Zentralbibliothek für Medizin und die Zentralbibliothek der Sportwissenschaften (mit entsprechenden Informationsdiensten), in Köln angesiedelt sind. Die Gesamtstatistik der Öffentlichen Bibliotheken in NRW verweist auf 1.750 Öffentliche Bibliotheken mit haupt- und nebenamtlicher Leitung in der Trägerschaft der Öffentlichen Hand, der Kirchen und einiger sonstiger Träger an rund 2.000 Standorten. Sie umfassen einen Bestand von mehr als 27 Millionen Medien und einen kumulierten (jährlichen) Erwerbungssetat von 22 Millionen Euro. Eine Übersicht über die zahllosen Spezialbibliotheken des Landes existiert nicht, doch ist die Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalens mit mehr als 60 staatlichen und privaten Hochschulen und Universitäten (und entsprechenden Bibliothekseinheiten) die dichteste Hochschullandschaft Europas. In NRW gibt es auch wertvolle historische Bibliotheken (zum Beispiel die von einem Institut an der Universität Paderborn erschlossene Fürstenbibliothek Corvey, die historische Bibliothek des Gymnasiums Arnoldinum im Kreis Steinfurt, die historische Bibliothek der Propstei St. Petrus und Andreas in Brilon etc.), die Kulturdenkmäler sui generis sind und Aufschluss über die Entwicklung der Buch- und Textkultur im Lande geben.

Insgesamt sind die Bibliotheken ein bedeutender Einfluss- und Kulturfaktor des Landes, ein kulturelles Kapital, das gepflegt und ausgebaut und vor allem der rasanten Medienentwicklung angepasst werden muss. Viele Bibliotheken haben sich in jüngerer Zeit als Medienzentren und als Veranstaltungsorte (für die Leseförderung, in Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten) zu definieren begonnen. Sie treffen sich in diesem Bemühen mit dem Buchhandel. Wer freilich auch nur einmal eines der großen Literaturcafés in Lateinamerika (etwa in Buenos Aires) besucht hat, weiß, dass in Europa zu einer solchen Erlebniskultur des Lesens noch ein weiter Weg ist. Dabei ist – wie überall sichtbar – die Umgestaltung der Buch- zu einer Medienkultur in vollem Gange. Im Bereich der Wissenschaftlichen Bibliotheken wird die Auseinandersetzung zwischen Natur- und Lebenswissenschaften auf der einen sowie Geistes- und Sozialwissenschaften auf der anderen Seite auch auf dem Sektor der Bibliotheken ausgetragen. Die Natur- und Lebenswissenschaften nämlich sind an raschen und kritisch gesichteten Informationsdiensten interessiert und haben nur noch geringe historische Interessen, die Geistes- und ein großer Teil der Sozialwissenschaften aber basieren auch in ihrer aktuellen Forschungsarbeit (durch Monographien, Studien und Untersuchungen) auf der Buchkultur. Derzeit versuchen die Bibliotheken noch, beide Interessenssphären zu bedienen, indem sie sich in Büchersammlung und Infor-

mationszentrale teilen, ohne dass die Etats dem neuen Aufgabenprofil angepasst wären. Im Gegensatz etwa zu Frankreich und Großbritannien sind die Bemühungen, das Informationszeitalter gerade in den Bibliotheken einzuholen, in Deutschland nur zögerlich angelaufen. Dies liegt nicht an den Bibliotheken, wo die Zeichen der Zeit längst erkannt sind, sondern an der Fehleinschätzung bibliothekarischer Aufgaben durch Öffentlichkeit und Politik.

Die Bibliotheken des Landes NRW stehen damit u.a. vor folgenden kosten-trächtigen und strukturverändernden Aufgaben, die zusammen eine recht komplizierte Problemlage ergeben, aber nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen, wenn nicht erhebliche Entwicklungsschäden auftreten sollen:

1. Teilung der Bibliotheken in Informations- und Buchdienste (ein Problem nicht nur, aber vor allem der Wissenschaftlichen Bibliotheken).

2. Digitalisierung von Volltexten (u.a. mit Hilfe der EU, die eine virtuelle europäische Großbibliothek errichten will).

3. Erhaltung und Erschließung wertvoller Altbestände, vor allem der zerfallenden Buchbestände des Bürgerlichen Zeitalters (Entsäuerung, Massensanierung, wissenschaftliche Bearbeitung).

4. Zusammenarbeit mit Schulen, Vorschulen und dem Buchhandel zur Leseförderung und der im Kindesalter nötigen Grundlegung von Lesekompetenz und Lesefreude.

5. Bibliotheken als Bildungseinrichtungen, das heißt als Orte lebendiger Literaturvermittlung (auch der Zuwanderungsliteratur) durch Autorentreffen, Lesungen, Wettbewerbe etc.

Da die Gesamtlage bislang völlig unübersichtlich ist und die Bibliotheken vor allem darunter leiden, dass sie nicht wie andere Kulturbereiche durch öffentliche Aufmerksamkeit vor rigorosen Sparmaßnahmen geschützt sind, sollte eine Expertenkommission die Lage der Bibliotheken in NRW und die von ihnen schon bisher übernommenen und neu zu übernehmenden Aufgaben erkunden und in einem Aktionsprogramm die prioritär abzuarbeitenden Aufgaben beschreiben.

In NRW geschieht bereits viel in allen genannten Arbeitsbereichen, eine koordinierte und systematische Planung, die mittel- und langfristige Aufgabenverteilung vornimmt, gibt es nicht. Der derzeit diskutierte Plan eines Bibliotheksgesetzes in NRW sollte wenigstens so lange aufgeschoben werden, bis das vorgeschlagene Aktionsprogramm vorliegt und damit der jetzt noch verstellte Durchblick geschaffen ist, der als Grundlage jeder Gesetzgebung notwendig ist.

Kulturwirtschaft

Vorschläge:

16. Vermittlungsnetzwerke stärken und Voucher-Zuteilungen erproben.
17. Kleinkredite für Kulturschaffende anbieten.

Empfehlung:

9. Städtewettbewerbe ausrichten.

Ausgangslage:

Aus Kunst und Wissenschaft bezieht die Gesellschaft, insbesondere auch die Wirtschaft, einen großen Teil ihrer Innovationen. Neue Deutungsformen, die die »sinnliche Aneignung von Welt« (s. S. 36) ermöglichen, liefern die verschiedenen Erscheinungsformen der Kunst. Ihrer Förderung gelten die Vorschläge und Empfehlungen dieses Berichts.

Künstlerische Leistungen entstehen im Kontext einer Kulturwirtschaft, die sie mit Instrumenten, Aufführungshäusern und anderen Formen von Realkapital versorgt und die sie in einer marktorientierten Kunstwirtschaft erlebensfähig macht. Die enge, »transdisziplinäre« Verbindung von Kunst und Wirtschaft wird verstärkt durch den Einsatz neuer Kommunikationstechnologien.

Alle Teilbereiche der Kulturwirtschaft erleben eine Erweiterung in die digitale Dimension. Computerspiele setzen die Branchen für physische Spiele und für Spielausrüstungen etc. fort, Softwareproduktion erweitert die Verlagswirtschaft, und alle Teilsparten erweitern ihre Geschäftsmodelle zu Internet-Versionen. Dadurch reduziert sich unter anderem die Bedeutung geographischer Distanz.

In Nordrhein-Westfalen entwickelt sich eine großräumig angelegte, netzartige, mit mehreren Großknoten operierende Struktur der Kunstszene und der sie umgebenden Kulturwirtschaft, welche die für kontinentaleuropäische Anforderungen notwendige Dimension haben könnte.

Diese These wird belegt durch eine Untersuchung der Medienresonanz von spezifischen Institutionen in verschiedenen Kunstsparten (STADTart-Studie zu »Hot Spots« in NRW). Dem Ranking der Hot Spots liegt vorwiegend eine Auswer-

tung von Berichten in bedeutenden Kommunikationsmedien zugrunde. Darüber hinaus wurden Studien, Mitgliederlisten, Evaluierungsuntersuchungen und Gespräche ausgewertet. Von den 53 im Land identifizierten Hot Spots weisen 18 eine überregionale, 23 eine nationale und 12 eine europa- bzw. weltweite Bedeutung auf.

Die Förderung von künstlerischen Leistungen über die dezentralen Entscheider der Wirtschaft entzieht sich in ihren Ergebnissen der Planbarkeit. Die Akteure im weiteren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umfeld können das Auftreten herausragender Leistungen zwar begünstigen, aber nicht anordnen. Dennoch kann man die weitere Entwicklung dieser regional breiten Netzstruktur dadurch fördern, dass der Wettbewerb in allen Sparten und in allen Teilregionen des Landes gefördert wird.

Wettbewerber sind sämtliche Akteure auf den Märkten der Kulturwirtschaft, von den Künstlern und Kunstvermittlern über Zulieferer, Produzenten, Verteiler und Verwender bis zu den Betreibern derjenigen Einrichtungen und Foren, in denen künstlerische und kulturelle Leistungen auf- und vorgeführt werden.

Für landespolitische Maßnahmen werden drei Grundstrategien zur Unterstützung des Wettbewerbs empfohlen. Die beiden ersten zielen auf die Stimulierung des Wettbewerbs um künstlerische Exzellenz, die dritte setzt Wettbewerb zur Erzeugung medialer Aufmerksamkeit ein. Die Empfehlungen werden konkretisiert durch Projektvorschläge zur Stärkung privater Nachfrage und zur verbesserten Ausstattung von Vermittlungsnetzwerken und Zulieferunternehmen mit Kapitalgütern.

Zur Thematik der Nutzung von Aufmerksamkeit gehört auch die Selbstdarstellung der kulturpolitischen Akteure. Landesregierung und Kunststiftung NRW sind selbst Mitspieler im Spiel der kulturellen Leistungen. Ihre Kompetenz wird nicht zuletzt an ihrem eigenen Erscheinungsbild gemessen. Beispielsweise müsste der Internet-Auftritt der Landesregierung nicht daran orientiert sein, dass ein Maximum von Teileinrichtungen auf der Startseite visualisiert wird, sondern daran, dass ein ästhetisch konsequentes, in seinen Nutzungseigenschaften zugleich verlässliches und überraschendes, mit international beachteten Webseiten konkurrenzfähiges Konzept umgesetzt wird.

Vorschläge:

16. Vermittlungsnetzwerke stärken und Voucher-Zuteilungen erproben.

Kulturelle Höchstleistungen sind auf ein sachverständiges, kritisches und zahlungswilliges Publikum angewiesen. Die Zahlungsbereitschaft hängt von zwei Faktoren ab: von der subjektiven Wertschätzung einzelner Personen und Familien für kulturelle Leistungen und vom verfügbaren Einkommen eines Haushalts.

Um die Leistungen von Komponisten, Malern, Lyrikern oder Choreographen zu würdigen und genießen, muss der Geschmack für derartige Angebote entstanden sein. Die Geschmacksbildung erfolgt häufig in der Familie und im Freundeskreis, in geringerem Maß in der Schule und zunehmend in interaktiv kommunizierenden Netzwerken, auf eigens dafür eingerichteten Plattformen. Erst, wenn die Wertschätzung hinreichend hoch ist, wird ein Teil des Taschengelds, des Einkommens oder auch der Gewinne aus Unternehmertätigkeit für den Zugang zu kulturellen Ereignissen und den Ankauf von Kunstobjekten ausgegeben.

Es wird deshalb empfohlen, Vermittlungsorganisationen und -netzwerke in den einzelnen Kunstsparten finanziell und technisch zu unterstützen. Dafür kommen bei der Kunstvermittlung Kunstvereine und private Initiativen in Betracht. Bei der Musikvermittlung sind vorrangig Institutionen des Musiklebens aktiv, aber auch Netzwerke zwischen Musikvermittlern, wie das »Netzwerk Junge Ohren«. Bei der Literaturvermittlung existiert mit dem Literaturbüro NRW bereits eine einschlägige Organisation, außerdem werden Literaturfestivals und Schreibwerkstätten organisiert. In allen Bereichen können, ähnlich wie das im Land Niedersachsen bereits erfolgt, breitere Förderprogramme aufgelegt werden, die insbesondere außerhalb der Metropolen zur Entwicklung der Wertschätzung für kulturelle Leistungen beitragen.

Die Zahlungsbereitschaft hängt des Weiteren von der Zahlungsfähigkeit der Nachfrager ab. Gerade junge Menschen, in der entscheidenden Phase ihrer Geschmacksbildung, verfügen über geringe finanzielle Mittel. Die Mittel lassen sich durch Geldtransfer erhöhen, aber dann wäre die Wirksamkeit für die Nachfrage nach Kulturleistungen gering. Die Wirksamkeit ist höher, wenn die Transferzahlung ausschließlich für kulturelle Leistungen gilt. Die Geldzuweisung ist konditional, sie hat den Charakter einer Gutschrift.

Derartige Gutschriften (vouchers) können über verschiedene Vermittlungsinstitutionen an die Nachfrager verteilt werden. Dazu gehören Schulen, vor allem aber die oben genannten Vermittlungsnetzwerk-Organisationen, die dadurch ein weiteres Mittel zur Attraktion von Netzwerkteilnehmern einsetzen können.

Die Gutschriften müssen so gestaltet sein, dass sie dem Verwender zahlreiche Alternativen bieten. Das gilt sowohl in der Art der Ereignisse und Objekte, die von Operaufführungen über Theater bis zur Kleinkunst reichen können, als auch in der Qualitätsstufe der jeweiligen Eintrittskarten. Nur wenn beim Nachfrager die Wertschätzung hoch genug ist, um überhaupt seine Zeit mit derartigen Angeboten zu verbringen, werden die nominellen Gutschriften in reale Zahlungen umgesetzt. Bei der Ausgestaltung der Gutschriften haben Zuzahlungen den Vorteil, dass die künstlerische Leistung nicht dadurch abgewertet wird, dass sie umsonst angeboten wird. Empfehlenswert ist auch, den Anteil der Zuzahlung für Plätze mit höherer Erlebnisqualität zu steigern, damit auch diese Angebote für einen größeren Kreis bezahlbar werden.

Deshalb wird ein Programm empfohlen, dessen Auswahlmöglichkeiten über alle Kunstsparten gestreut sind. In einer Pilotphase ist wohl die Beschränkung auf eine Stadtregion notwendig. Auf Grund der hohen Dichte an jungen Menschen, die sich in Ausbildung und Studium befinden, scheint Münster ein geeigneter Ort. Langfristig wäre die Ausdehnung der Gültigkeit auf das ganze Land erstrebenswert – verbunden mit Preisermäßigungen für öffentliche Verkehrsmittel. Eine Altersgrenze für derartige Anrechte ist sachlich nicht notwendig, sondern dient eher dazu, den finanziellen Aufwand zu beschränken.

Zur Verwendung von Voucher-Zuteilungen sind inzwischen weltweit zahlreiche Experimente unternommen worden. Die Einführung einer Landesinitiative wird erst nach Auswertung der Ergebnisse dieser Versuche empfohlen.

Finanzen:

Die Kosten der Unterstützung von Vermittlernetzwerken werden mit 1 Mio. Euro pro Jahr veranschlagt. Die Kosten der Durchführung eines Voucher-Systems können breit skaliert werden. Das gilt insbesondere, wenn erst in Testregionen Gutschriften ausgegeben werden. Der nominelle Wert liegt vermutlich weit über dem realen Wert der getätigten Zahlungen. Hoch sind die Distributionskosten. Ein Gesamtkostenvolumen von ca. 5 Mio. Euro pro Jahr erscheint deshalb in erster Näherung für positive Resultate ausreichend.

17. Kleinkredite für Kulturschaffende anbieten.

Kredite dienen zur Überbrückung der Frist zwischen dem Erwerb eines Kapitalguts und dem Zeitpunkt, an dem die dadurch gesteigerten Einnahmen seine Rückzahlung erlauben. Im Fall von Künstlern ist mit kostendeckenden Einnahmen

nicht zu rechnen, deshalb greifen Kreditinstrumente hier nicht. Künstler und Kunstensembles operieren aber in einem Umfeld von Zulieferern für technischen Bedarf und für Produktions-, Aufführungs- und Vermarktungsdienste. In diesen Segmenten, in denen kleine, selbstständige Betriebseinheiten (Galerien, Tonstudios, Post-Production-Unternehmen etc.) typischerweise neben einige großen Unternehmen operieren, können Krediterleichterungen, entweder in Zinshöhe und Darlehenslaufzeit oder in der Übernahme von Bürgschaften, den Aufbau eines Bestandes an notwendigen Kapitalgütern ermöglichen. Dazu gehören eigene Aufführungsstätten, Aufzeichnungs- und Vervielfältigungsmaschinen, Fahrzeuge oder Werbematerialien.

Die NRW.Bank hat in diesem Jahr das Programm »NRW/EU. Mikrodarlehen« aufgelegt. In diesem Programm werden Kleinunternehmer mit Darlehen zwischen 5.000 und 25.000 Euro unterstützt, für die Bürgschaften übernommen und günstige Zinssätze angeboten werden. Es wird empfohlen, eine Variante dieses Programms zu entwickeln, die auf spezifische Potenziale und Risiken der Kultur- und Kreativwirtschaft (rascher technologischer Wandel, irreguläre Auftragslage, schwer erkennbare Leistungsmerkmale etc.) zugeschnitten ist.

Finanzen:

Das aktuelle Programm der NRW.Bank wird aus einem Fonds von 10 Mio. Euro finanziert, zu dem das Land und der Europäische Fonds für Regionalentwicklung jeweils die Hälfte beisteuern. Empfohlen wird eine Aufstockung für die Kulturwirtschaftsvariante in Höhe von weiteren 5 Mio. Euro.

Empfehlung:

9. Städtewettbewerbe ausrichten.

Der Wettbewerb in Märkten ist deshalb so erfolgreich, weil die Nachfrager dezentral und unabhängig ihre Kaufentscheidungen in einem überschaubaren Feld von Alternativen treffen. Diese Eigenschaft des Wettbewerbs ist für eine effektive Förderpolitik entscheidend. Sie kann durch Ausschreibungen, bei denen eine Jury nach einem vereinbarten Modus einen oder mehrere Gewinner auswählt, nicht simuliert werden. Derartige Wettbewerbe sind zusätzliche Förderinstrumente, aber sie folgen einer einzigen Zielsetzung, die von einer staatlichen Instanz gesetzt wurde. Ähnliches gilt für Preise, mit denen vergangene Leistungen gewürdigt wer-

den. Sie stellen ein wichtiges Instrument zur Förderung von Exzellenz dar, folgen aber der Interessenlogik der verleihenden Institutionen.

Wettbewerbe, die sich über Märkte finanzieren, finden im Sport- und Unterhaltungsbereich statt. Dort konkurrieren Teams oder Einzelne um das Interesse von Zuschauern, so dass sich die so erzeugte Aufmerksamkeit an Sponsoren oder Werbetreibende weiter verkaufen lässt. Auch die Aufmerksamkeit für Kulturleistungen in NRW wäre ein geldwerter Ertrag aus erfolgreich durchgeführten Wettbewerben.

Wir schlagen einen Wettbewerb zwischen Städten vor. Gegenstand des Wettbewerbs sind künstlerische Leistungen, die in der jeweiligen Stadt erbracht werden. Diese Leistungen werden im Wettbewerb repräsentiert und dann durch ein Zuschauerabstimmungssystem bewertet. Der Wettbewerb sollte mindestens zweistufig sein:

In einer ersten, internationalen Stufe konkurrieren Düsseldorf, Köln und Essen mit vergleichbaren, jedes Jahr wechselnden europäischen Städten. Der Wettbewerb hat Festival-Charakter. In einer zweiten, nationalen Stufe konkurrieren mittelgroße Städte des Landes miteinander und mit anderen Stadtregionen in Deutschland. Für diesen Wettbewerb scheint ein Fernsehformat passend. Alle weiteren Überlegungen hängen vom Interesse des WDR an einem derartigen Projekt ab.

Finanzen:

Die Kosten für ein internationales Festival dürften in der Größenordnung von 5 Mio. Euro liegen, sollten aber mit Sponsoren mindestens geteilt werden. Die Kosten für die nationale Variante könnten aber durch Beteiligung der Fernsehanstalten und durch Werbeeinnahmen teilweise aufgefangen werden.

Internationale Beziehungen

Vorschläge:

18. Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für den Auftritt der Kulturregion Nordrhein-Westfalen nach innen und nach außen.
19. Konzeption einer regional und fachlich orientierten Strategie der internationalen kulturellen Zusammenarbeit.

Ausgangslage:

Zitat aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers vom 14. November 2007: »Kultur und Kreativität müssen zu unserem Markenzeichen werden. Damit wird Kultur zum Kern der ›Marke Nordrhein-Westfalen‹. Sie muss das Bild von Nordrhein-Westfalen in der Welt als einer der kreativsten Regionen Europas vermitteln. Davon hängt viel ab – wirtschaftlich, technologisch, wissenschaftlich und vor allem menschlich.«

Kunst und Kultur sind heute international relevant und vernetzt oder sonst von eher geringer Ausstrahlung. Die Menschen – sowohl die Schaffenden und Kreativen als auch das aufnehmende und reagierende Publikum – stellen sich diesem Anspruch und wollen ihn verwirklichen oder verwirklicht sehen. Das ist das gepflügte Feld, auf dem Kulturförderung ihre internationalen und interkulturellen Strategien und Vorhaben entwickeln und realisieren muss.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein regionaler Akteur von großem Gewicht (mehr als viele Mitgliedsländer der EU); es wird jedoch weder im eigenen Selbstverständnis noch von außen wirklich als einheitliche Kulturregion wahrgenommen. Die kommunalen und subregionalen Einheiten (z. B. Köln, Düsseldorf, Essen, »Rhein-Ruhr« u.a.) werden international weltweit wahrgenommen und als Partner gesucht. Ihre Aktivitäten sind deshalb essentiell für ein Selbstverständnis regionaler Zusammengehörigkeit. Durch sie und die zentralen Kulturinstitute, die Kultursekretariate, und auch die Landschaftsverbände, die internationalen Festivals und die ausgewiesenen Einrichtungen der freien Szene wird der Kulturkanon von Nordrhein-Westfalen maßgeblich konstituiert.

Nordrhein-Westfalen muss deshalb in Zusammenarbeit mit den Kommunen,

selbstständigen Kulturorganisationen, regionalen Sekretariaten u.a. sein Selbstbewusstsein als zusammengehörende Kulturregion noch besser entwickeln. Ohne ein gemeinsames Konzept von innen wird auch in Zukunft ein überzeugender Auftritt als »Kulturregion Nordrhein-Westfalen« nach außen nur schwer zu vermitteln sein. Um die vielen selbstbewussten Akteure des Landes besser einzubinden, müssen diesen durch koordinierende Förderkonzepte auch entsprechende Anreize geboten werden.

Ein besonders geeigneter Rahmen für das Agieren als Region ist Europa, das in seiner Förderpolitik besonders in regionalen Kategorien agiert. NRW ist bevölkerungsreicher und größer als viele Mitgliedsländer der EU, weshalb sich im Bereich der Zuständigkeit der Länder, also gerade bei Kultur und Bildung, entsprechende internationale Zusammenarbeit anbietet. NRW sollte dabei beständige Partnerschaften mit anderen Regionen und Ländern aufbauen und pflegen und versuchen, die selbstständigen Akteure des Landes dafür zu interessieren und einzubeziehen, insbesondere bei der interkulturellen Einbindung der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt hierzu, auch auf kommunaler Ebene, Initiativen und Vorarbeiten (z. B. die Arbeitsgemeinschaft »Interkulturelle Professionalisierung« im Auftrag der Staatskanzlei oder die Studie »Kulturelle Vielfalt in Dortmund« oder der Kongress »Kommunale Interkulturarbeit im Europäischen Vergleich« im September 2008 in Dortmund). Auch Stipendienprogramme und Personalaustausch von kulturellen Institutionen, Museen, Sozialbehörden etc. mit den daraus sich entwickelnden internationalen Netzwerken tragen zum Aufbau einer beständigen Basis der interkulturellen Zusammenarbeit wesentlich bei.

Besonders wichtig ist bei der Ausfüllung des europäischen Rahmens auch die Gegenseite: Europa nach Nordrhein-Westfalen zu holen, der Landesbevölkerung andere Regionen noch mehr und besser bekannt und bewusst zu machen, Austauschprogramme unter bestimmte europäische Perspektiven zu stellen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu verdeutlichen. Die Programme von Ruhr.2010 bieten dafür gute Möglichkeiten und Beispiele für zukünftige Weiterentwicklung der Gestaltung der europäisch-internationalen Beziehungen. Nicht zuletzt ist dabei auch der finanzielle Aspekt der Nutzung Brüsseler Programme zu berücksichtigen. Nordrhein-Westfalen hat ein originäres Interesse an dem Topos »Europa der Regionen«. Gute Beispiele sind die auf kommunalen Zusammenschlüssen beruhenden »Euregios«. Die Euregio NRW-Niedersachsen-Niederlande feiert dieses Jahr 50-jähriges Bestehen, die Euregio Maas-Rhein stellt dieses Jahr ihr Konzept »Grünmetropole« in Aachen vor. Für solche Konzepte sollte das Land sich stärker engagieren.

Ist es schon in Europa nicht selbstverständlich, Verständnis für die Bedeutung der Eigenständigkeit und Kulturautonomie deutscher Länder zu finden, so gilt dies noch viel mehr für die außereuropäische Welt. Neben den Möglichkeiten, in deutschen oder europäischen AKP-Programmen mitzuwirken, die NRW durchaus nutzt (z.B. der Vertrag mit dem Goethe-Institut), wird NRW sein eigenes Kultur-Profil außerhalb Europas am besten durch Konzentration auf wenige wichtige Orte und Regionen zur Geltung bringen. Beispielhaft sind dafür die von der Kunststiftung NRW geplanten »Residenzen« in Tel Aviv, Istanbul und Moskau oder die Zusammenarbeit im Rahmen besonderer Beziehungen zu Einzelstaaten der USA, wie Pennsylvania oder Kalifornien.

Um Nordrhein-Westfalen als Kulturregion und Akteur von Kulturprogrammen im In- und Ausland dem Bewusstsein der Partner nachhaltiger einzuprägen und das internationale Publikum nach Nordrhein-Westfalen zu holen, ist eine begleitende, international ausgerichtete, gute Öffentlichkeitsarbeit essentiell. Diese sollte durch eine möglichst mehrsprachige Website, ein geeignetes Design und ein Logo für die »Kulturregion Nordrhein-Westfalen« sinnvoll unterstützt werden.

Vorschläge:

18. Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle für den Auftritt der Kulturregion Nordrhein-Westfalen nach innen und nach außen.

Im Land Nordrhein-Westfalen gibt es eine große Vielfalt an bedeutenden kommunalen und subregionalen Akteuren in allen Bereichen von Kunst und Kultur, die international gut vernetzt und als Partner gesucht sind. Das Land selbst wird jedoch nicht in gleicher Weise als Kulturregion wahrgenommen, obwohl es vielfach konzeptionell und finanziell mitwirkt. Es besteht Bedarf an Gestaltung eines verstärkt gemeinsamen Auftritts des Landes mit den anderen international aktiven Akteuren.

Die Staatskanzlei sollte zusammen mit dem Kultursekretariat Wuppertal, in dem die großen Kommunen des Landes vertreten sind, eine Koordinierung für den gemeinsamen Auftritt der Kulturregion Nordrhein-Westfalen schaffen. Die Arbeit dieser Stelle lässt die Autonomie aller Akteure unberührt, schafft jedoch Übersicht und Möglichkeiten der Koordinierung für Planungen, Programme und Aktivitäten, insbesondere wenn sie in internationaler Zusammenarbeit erfolgen oder sonst international relevant sind. Dafür wäre eine entsprechende Datenbank

einzurichten. Dies sollte als Grundlage dafür dienen, auch vermehrt gemeinsame Auftritte im Ausland und internationale Programme in NRW zu planen und zu realisieren, sowie als Informationsquelle über Kulturprogramme in NRW für Interessenten aus dem In- und Ausland.

Diese Koordinierung sollte mit einer entsprechenden gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und einer Internet-Website, möglichst auch in Fremdsprachen (Englisch, Türkisch, Französisch, Russisch), verbunden werden, wofür ein einheitliches Logo und Design für die »Kulturregion Nordrhein-Westfalen« geschaffen wird.

19. Konzeption einer regional und fachlich orientierten Strategie der internationalen kulturellen Zusammenarbeit.

Die Staatskanzlei – der Staatssekretär für Kultur – fördert die kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Regionen, in letzter Zeit z.B. mit Frankreich, skandinavischen und baltischen Ländern, Ungarn u.a., aber nicht mit erkennbarer Strategie. Die einzelnen Akteure des Landes (Kommunen, Kreise u.a.) werden natürlich auch in Zukunft ihre Schwerpunkte setzen. Das Land kann jedoch durch Koordinierung und Förderanreize auf eine kohärentere Politik für die Kulturregion Nordrhein-Westfalen und ihren internationalen Auftritt hinwirken. Vom Ausland aus wird die Rolle und Bedeutung der Länder im föderalen Aufbau der Bundesrepublik oft nur wenig wahrgenommen. Es ist deshalb für NRW wichtig, mit ausländischen Partnern nachhaltigere Zusammenarbeit anzustreben und hierfür ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Regional sollte das Land längerfristige kulturelle Zusammenarbeit und Partnerschaften mit besonders passenden Ländern und Regionen aufbauen. Das sind vor allem Nachbarländer und -regionen der EU (Niederlande, Belgien, Luxemburg) und Herkunftsländer der Menschen mit Migrationshintergrund (Osteuropa, Türkei) sowie Regionen mit ähnlicher Struktur oder Perspektiven (z.B. Industrieregionen wie Nordfrankreich, Wallonien, Südpolen u.a.; in Übersee einige US-Staaten oder z.B. eine Provinz in China). Wichtig wäre auch die stärkere Einbeziehung von Migranten in interkulturelle Netzwerke, ihre interkulturelle Professionalisierung, sowie mehr Zugangsförderung zu den Musik- und Kunsthochschulen des Landes.

Inhaltlich sollte weniger auf einzelne nordrhein-westfälische Kulturevents im Ausland, sondern mehr auf Programme mit Permanenz gesetzt werden: Die Förderung sollte sich auf internationale Netzwerkbildung konzentrieren, z.B. regelmäßigen interkulturellen Programm- und auch Personalaustausch, Resi-

denzprogramme mit Künstlern, Musikern und Literaten (in Gegenseitigkeit mit wichtigen Kulturmetropolen), mehr Übersetzungen ins Deutsche, insbesondere aus Heimatsprachen von Migranten; Stipendien, in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Akademien, eventuell dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), wobei DAAD und AvH ihren Sitz in Bonn haben. Dies sollte mit nachhaltiger Nachbetreuung verbunden werden, die auch auf ehemalige, nicht geförderte ausländische Studierende erstreckt werden könnte.

Medien

Vorschlag:

20. Eine zentrale Koordinierungsstelle für konstruktive Partnerschaften zwischen Kultur und Medien einrichten, die bestehende Partnerschaften prüft und überarbeitet sowie neue vereinbart und z.B. durch Symposien und Workshops beide Seiten besser informiert und vernetzt.

Empfehlung:

10. Optimierung von Aus- und Fortbildung im Bereich von Kunst und Medien.

Ausgangslage:

Die Medien als Querschnittsthema, das für alle Felder der Kultur herausragende Bedeutung hat, stehen in diesen Überlegungen der Expertenkommission bewusst am Ende der Ausführungen zu den einzelnen Fachbereichen.

Durch die Berichterstattung in den Medien erhalten Aktivitäten in Kunst und Kultur einen gesellschaftlichen Stellenwert, der ohne eine Berücksichtigung in Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen und Internet nicht einmal ansatzweise erreicht werden könnte. Dadurch werden Kunst und Kultur nicht nur besonders interessierten und aufgeschlossenen Bevölkerungskreisen zugänglich gemacht, Kunst und Kultur erhalten durch die Begleitung in den Medien einen angemessenen und gleichzeitig notwendigen Grad an Popularität und auf diese Weise auch eine entsprechende gesellschaftliche Relevanz, die zweifellos mit einer spürbaren öffentlichen Reaktion und Akzeptanz verbunden ist. Eine sonst nicht erreichbare Zahl von Menschen kommt mit Kunst und Kultur erst durch eine Berücksichtigung in den Medien in Berührung. Ohne die dadurch erreichte Multiplikation von Vorgängen und Angeboten blieben in einer Mediengesellschaft Kunst und Kultur vielen verborgen. Nicht zuletzt wären öffentliche Förderung und so auch Ermöglichung von Kunst und Kultur bei geringem öffentlichen Interesse schwerer zu vermitteln und zu realisieren.

Die Darlegung von Hintergründen, Zusammenhängen und Beweggründen ergänzt die reine Beschreibung von Kunst und Kultur in entscheidender Weise. Ihre Einordnung, die kritische Bewertung und Würdigung, bieten den Rezipienten darüber hinaus jene Orientierung, die für die Relevanz der Vorgänge einerseits und ihre Akzeptanz andererseits von herausragender Bedeutung ist.

Wahrung der Medien- und der Pressefreiheit – Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:

Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistet die Pressefreiheit sowie die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film. Diese Vorgabe des Grundgesetzes bedeutet, dass Ausrichtung, Inhalt und Form eines Presseerzeugnisses frei bestimmt werden können. Die Pressefreiheit unterscheidet dabei nicht zwischen seriösen Erzeugnissen und Hervorbringungen von inhaltlich und formal eher zweifelhaften Produkten.

Es liegt nicht in der Kompetenz staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen, verbindliche Erwartungen oder Forderungen an die Medien zu richten oder ihnen gar Aufträge in quantitativer oder qualitativer, formaler oder inhaltlicher Ausrichtung zu erteilen.

Auch wenn Presse- und Rundfunkfreiheit in ihren Ansätzen gleichzusetzen sind, kommt dem Gesetzgeber insbesondere zur Regelung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine besondere Rolle zu.

Die Gesetzgeber in der Bundesrepublik Deutschland sind gefordert, die Rundfunkordnung folgendermaßen auszugestalten: Es ist zu verhindern, dass der Rundfunk dem Staat oder einzelnen gesellschaftlichen Gruppen ausgeliefert wird. Unter Wahrung dieses Grundsatzes sind jedoch die wesentlichen Anforderungen u.a. an die Vielfalt, das Programm, die Aufsicht und die Finanzierung gesetzlich zu regeln.

In Nordrhein-Westfalen kommen ohne Zweifel den Bestimmungen des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk sowie den Programmleitlinien des Senders zentrale Bedeutung zu. Diese Vorgaben sehen unter anderem Folgendes vor:

»Der WDR hat in seinem Angebot einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische und nationale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sein Programm hat der Information, Bildung und Unterhaltung zu dienen. Er hat Beiträge zur Kultur, Kunst und Beratung anzubieten.« (WDR-Gesetz, § 4)

»Der WDR gewährleistet die Unabhängigkeit seiner Programme und Angebote. Die hohe Qualität seiner Programme und Leistungen sind oberstes Ziel. Der

WDR bietet ein vielfältiges und hochwertiges Angebot mit großer Themenvielfalt in allen Bereichen: Information, Kultur, Berichterstattung aus der Region, aus Spitzen- und Breitensport, Service, Umwelt, Bildung und Wissenschaft, Kunst und Unterhaltung.« (WDR Programmleitlinien, verabschiedet vom WDR-Rundfunkrat am 27. Januar 2006, S. 5.)

»Der WDR weckt Interesse und Verständnis für die Kultur des Landes, aber auch für andere Kulturen und trägt damit zur Identität aller Menschen im Sendegebiet bei.« (ebd., S. 17.)

»Kultur hat in vielen Sendungen ihren Platz: Musik, Theater und Bildende Künste, regionales Brauchtum und nicht zuletzt die Medien selbst: Kultur ist, was uns zu aktiven, inspirierenden Menschen macht. Der WDR hat nicht nur den Auftrag zur Bewahrung und Vermittlung von Kultur, er ist als Produzent und Veranstalter auch selbst Kulturschaffender. Darüber hinaus berichtet der WDR über wichtige Ereignisse, Entwicklungen und Personen des kulturellen Lebens mit dem Schwerpunkt NRW. Der WDR regt Interesse und Verständnis für die Kultur des Landes an, aber auch für andere Kulturen. Der Themenkreis Kirche und Religion hat für den WDR auch große kulturelle Bedeutung.« (ebd., S. 26.)

In Nordrhein-Westfalen ist der WDR der wichtigste Arbeitgeber für Autoren, Filmemacher, Schauspieler, Musiker und bildende Künstler und damit eine existentielle Stütze der Kulturszene des Landes. Er berührt mit seinen vielfältigen Aktivitäten alle Bereiche des Kulturschaffens gleichermaßen und ist selbst sowohl Vermittler als auch Produzent von kulturellen Leistungen (WDR-Rundfunkorchester, WDR-Sinfonieorchester, WDR-Chor; er ist Auftraggeber für Kompositionen und Drehbücher etc.). Zwischen einzelnen Institutionen und Initiativen und dem Kultursender WDR 3 z.B. bestehen bereits lose Kultur-Partnerschaften. Allerdings bedürfen sie einer gründlichen Überprüfung und gegebenenfalls Überarbeitung.

Stellenwert von medialer Kommunikation sowie von Kunst und Kultur für die Gesellschaft:

Die gesellschaftliche Kommunikation ist für die Bildung (Herausbildung) einer Gesellschaft, für die Schaffung von Identifikation und Identität in der gesamten Gesellschaft, aber auch in Gruppen und Kreisen unentbehrlich, ja sogar konstitutiv. In gleichem Maße sind Kunst und Kultur für die Schaffung von Identität und Identifikation, oder allgemein gesprochen für die eigentliche Qualität des Lebens, für Orientierung und Fortschritt, für Reflexion, Einsicht und Veränderung von nicht zu überschätzender Bedeutung.

»Kultur ist kein Ornament. Sie ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken.« (Gitta Connemann, Vorsitzende der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«, Drucksache 16/7000, Dt. Bundestag 2007, S. 4.)

»Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut einiger weniger Privilegierter sein. Die Teilhabe aller an der Kultur muss gewährleistet sein, denn sie bedeutet auch Teilhabe an der Gesellschaft.« (ebd., S. 8.)

Kultur ist somit als gesellschaftlicher Integrationsfaktor zu begreifen, als das, was für die Lebensgestaltung von grundlegender Bedeutung ist. Medien bieten das Forum für die Auseinandersetzung innerhalb einer Gesellschaft und damit wiederum die Voraussetzung für die Herausbildung gesellschaftlich anerkannter Werte, Normen und Regeln. Der medial vermittelten unabhängigen Kommunikation kommt aus diesem Grund hohe gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Diese Bedeutung besitzen aus anderen Gründen Kunst und Kultur in ebensolchem Maße. Gerade deshalb ist das Zusammenwirken von Medien und Kultur im jeweils eigenen, aber auch im gemeinsamen Interesse unentbehrlich.

Auch wenn allen Medien – wie dargelegt – eine solche gesellschaftliche Relevanz ihrem Selbstverständnis entsprechend zukommen mag, obliegt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk diese Aufgabe in ganz besonderem Maße. Die Rundfunkgesetze weisen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine hervorgehobene Verpflichtung zu. Die Bestimmungen des WDR-Gesetzes sowie der Programmleitlinien sind für den WDR verpflichtend.

Letztlich ist die Legitimation der gesellschaftlichen Einrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks exakt in der Herstellung der Verbindung über Kommunikation zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und den einzelnen Menschen dieser Gesellschaft insbesondere auch durch Programme im Bereich von Kunst und Kultur begründet. Diese Aufgabe nehmen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in vielfältiger Weise wahr. Die Wahrnehmung kann aber auch von einer Gesellschaft und letztlich auch vom Gesetzgeber erwartet oder sogar eingefordert, ja sogar vorgegeben werden.

Das vorrangige und wohl dringendste Medien-Problem auf der Seite der Kunst und Kultur dürfte in einer Berichterstattung liegen, die eher zufällig und punktuell, jedenfalls nicht kontinuierlich und systematisch erfolgt. Um die Berücksichtigung bestimmter einzelner Vorhaben als Schwerpunkt oder aber bestimmter Ereignisse während ihrer gesamten Dauer (zum Beispiel Festspiele oder das gesamte Angebot eines Theaters in einer Spielzeit) in einem oder mehreren Medien zu garantieren, ist es vorteilhaft, verbindliche Medienpartnerschaften zwischen Kulturschaffenden, Kulturträgern oder Kultureinrichtungen und

einem Verlag, einer Rundfunkanstalt, einem Programm oder einer Redaktion zu schließen. Solche Partnerschaften beschreiben, was der eine Partner leistet und der jeweils andere erhält. Beispielsweise präsentiert eine Zeitung oder ein Hörfunkprogramm im Rahmen seines redaktionellen Angebotes ein bestimmtes Kunst- und Kultur-Vorhaben. Im Gegenzug wird in Programmheften, auf Eintrittskarten usw. auf den Medienpartner verwiesen (dies geschieht bereits z.B. bei den Kultur-Partnerschaften des WDR 3).

Ziel solcher Medienpartnerschaften ist es, auf verlässliche und nachhaltige Weise Kunst- und Kulturprojekte bekannt zu machen und zu begleiten. Alle Partner profitieren von dieser Zusammenarbeit durch wechselseitige Werbung oder durch einen gewissen Image-Transfer. Solche Medienpartnerschaften können durchaus auch im Medienverbund gestaltet werden, also in Kooperation zwischen Kunst/Kultur, einem Hörfunk- oder Fernsehprogramm und einer Zeitung.

Es ist naheliegend, solche Vorhaben mit Programmen und Redaktionen einzugehen, die eine gewisse »Verwandtschaft« mit Kunst und Kultur aufweisen. Um jedoch neue Interessentengruppen zu erreichen, ist es sinnvoll und hilfreich, nicht nur mit einschlägigen Kultur-Redaktionen zu kooperieren, sondern auch mit Programmen, die sich üblicherweise nicht vorrangig der Kunst und Kultur widmen. Auf diese Weise kommen Menschen, die sich sonst primär auf andere Themen sowie andere Radio- und Fernsehformen konzentrieren, mit Kunst und Kultur in Berührung. Dabei ist es hinzunehmen, dass Kunst und Kultur in einer für Hörerinnen und Hörer beziehungsweise Zuschauerinnen und Zuschauer dieser Programme rezipierbaren Form präsentiert werden.

Eine besonders intensive und verbindliche Form einer Medienpartnerschaft liegt in der Verabredung von Kontrakten. Es sollten Kontrakte zwischen Medien und Kultur geschlossen werden mit dem Ziel, dass die Medienvertreter systematisch, vorrangig und regelmäßig über Vorhaben und Entwicklungen informiert werden beziehungsweise sich informieren lassen in der Absicht, darüber in angemessener Weise auf den ihnen zur Verfügung stehenden Seiten einer Zeitung oder in ihren Programmen in Hörfunk und Fernsehen zu berichten.

Es liegt nahe, solche Kontrakte mit den Verlagen oder Rundfunkanstalten auf Leitungsebene und den Verantwortlichen für Kunst und Kultur auf Landesebene im Grundsatz zu verabreden und unter Beachtung und Wahrung der Freiheit der Berichterstattung auf den verschiedenen sachdienlichen Ebenen zu konkretisieren. Verleger, Chefredaktionen der Verlage sowie Verantwortliche in Hörfunk und Fernsehen sollten sich in den Kontrakten verpflichten, Zuständige in den Medien auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene zu benennen und entsprechend

zu autorisieren. Auf der anderen Seite besteht im Bereich von Kunst und Kultur ebenfalls die Verpflichtung, sich auf autorisierte Gesprächspartner zu verständigen, die ihrerseits ausreichende Kompetenz besitzen, auf die Notwendigkeiten und Arbeitszwänge in den Reaktionen angemessen zu reagieren. Diese Kontrakte müssen die journalistischen Grundsätze beachten und die Unabhängigkeit der Medien anerkennen.

Generell ist zu unterscheiden zwischen der Berichterstattung über Vorgänge, Ereignisse, Aktivitäten und Angebote sowie der Freiheit der Beurteilung und Bewertung derselben. Während im Rahmen der Berichterstattung eher eine Verpflichtung (Chronistenpflicht) zur Information über Aktuelles im Bereich von Kunst und Kultur erwartet und verabredet werden kann, entziehen sich naturgemäß kritische Einordnung und Bewertung einer inhaltlich ausgerichteten Verabredung zwischen den Medienpartnern. Diese unterliegen allein den Kriterien journalistischer Arbeit und der Verantwortung, die innerhalb eines Medienunternehmens gilt.

Die Tatsache von Informationen über Bestehendes, über Angebote und Vorgänge, auch im Sinne der Einladung an die Menschen, sich auf ihre Weise mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen und sich ihre eigene Meinung zu bilden, ist ein möglicher Gegenstand von Medienpartnerschaften und Kontrakten.

In Anbetracht der anfangs skizzierten Zusammenhänge liegt es nahe, den Kontakt zwischen Kunst/Kultur und Medien systematisch auf- und auszubauen. Die auf beiden Seiten handelnden Personen müssen einander intensiver bekannt gemacht werden, die Kontakte zwischen den Vertretern von Kunst und Kultur (Kulturschaffende, Kulturträger usw.) und den Redaktionen in Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen sind herzustellen, zu aktualisieren und zu pflegen. Dafür sind Adressenlisten notwendig, hilfreich sind Beschreibungen der Institutionen im Bereich von Kunst und Kultur und ihrer Ausrichtung sowie ihrer Schwerpunkte auf der einen Seite und der Redaktionen, ihrer programmlichen Orientierung sowie der sich daraus ergebenden redaktionellen Interessen und Möglichkeiten auf der anderen Seite.

Es empfiehlt sich, regelmäßige Kontakte zwischen Vertretern beider Seiten herzustellen. Die Zahl möglicher Treffen orientiert sich an den Planungen von Kunst und Kultur.

Die Setzung und Vermittlung von Jahresschwerpunkten kann hilfreich sein ebenso wie die Veranstaltung von Halbjahres- oder Jahres-Pressekonferenzen, von Hintergrund- und Pressegesprächen, von gezielten Previews und gesonderten Veranstaltungen vorrangig oder ausschließlich für Pressevertreter, die auch Beweggründe und Zusammenhänge der Kunst-Aktivitäten thematisieren.

Die Zusammenarbeit kann gestärkt werden durch die Veranstaltung von Symposien oder Workshops zu bestimmten Themen. Auf Symposien können beispielsweise Projekte von Kunst und Kultur aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und beurteilt werden. Workshops könnten zur Entwicklung gemeinsamer Vorhaben veranstaltet werden, bei denen jeder Partner seine spezifischen Kenntnisse und Interessen einbringt.

Die Wahrnehmung von Themen aus Kunst und Kultur und ihre adäquate Vermittlung kann erheblich gesteigert werden durch die Veranstaltung von Wettbewerben und die Stiftung von Preisen in verschiedenen Kategorien, zum Beispiel für die herausragendste Reportage oder Dokumentation in einer Zeitung, in einem Hörfunk- oder Fernsehprogramm zu einem bestimmten Vorgang oder für Beiträge, die eine besonders gelungene kontinuierliche Begleitung einer speziellen Aktivität im Kunst- und Kulturbereich darstellen.

Alle hier exemplarisch dargelegten Kontakte beruhen auf der Zusammenarbeit zwischen Vertreterinnen und Vertretern der beiden Seiten Kunst/Kultur und Medien. Jede Zusammenarbeit bedingt ein Mindestmaß an Interesse am jeweiligen Partner und ein vorzeigbares Maß an Grundkenntnissen der jeweils anderen Seite. Diese Voraussetzungen können durch systematische Aus- und Fortbildung gefördert werden: Kulturschaffende, Kulturträger und Kulturinstitutionen müssen sich ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Medien jeweils unentbehrliche Kenntnisse bezogen auf die jeweils andere Seite aneignen.

In einschlägigen Angeboten sollte Journalisten die Möglichkeit geboten werden, Einblicke in alle wesentlichen Aspekte von Kunst und Kultur zu erhalten. Lehrende könnten dabei Kulturschaffende sein, die neben ihrem eigenen Werk allgemeines Wissen und Trends aus der Kulturszene vermitteln. Und umgekehrt: Die Fort- und Weiterbildung von Kulturschaffenden, Kulturträgern, von Verantwortlichen im Kulturbereich in Sachen Medien- und Vermittlungskompetenz sollte ebenfalls verlässlich organisiert werden. Medienexperten sollten hier analog zur Ausbildung von Medienschaffenden durch Kulturfachleute aktiv werden, um Verständnis und Kenntnisse der Medien zu vermitteln und zu verstärken.

Vorschlag:

20. Eine zentrale Koordinierungsstelle für konstruktive Partnerschaften zwischen Kultur und Medien einrichten, die bestehende Partnerschaften prüft und überarbeitet sowie neue vereinbart und z.B. durch Symposien und Workshops beide Seiten besser informiert und vernetzt.

Um die Verbindung von Kunst/Kultur und Medien zu optimieren, sind zahlreiche organisatorische und verwaltungstechnische Aufgaben zu erledigen: Workshops und Symposien müssen initiiert und veranstaltet, Wettbewerbe und Preise organisiert, Medienpartnerschaften und Kontrakte erarbeitet, abgesprochen und überprüft werden. Diese Aufgaben sind ohne feste Strukturen nicht zu bewältigen. Es ist notwendig, für die Koordination dieser Aktivitäten im Kunst- und Kulturbereich eine zentrale Stelle zu schaffen, welche die Vernetzung zwischen Kunst und Medien entwirft, organisiert und etabliert. Diese Stelle sollte die Empfehlungen in Absprache mit Kultur- und Medien-Vertretern umsetzen.

Es bietet sich an, diese zentrale Koordinierungsstelle an eine Institution anzubinden, die bereits vielfältig im Bereich von Kunst/Kultur und Medien aktiv ist. Auf diese Weise lässt sich der verwaltungstechnische Apparat klein halten, weil die Koordinierungsstelle auf eine vorhandene Infrastruktur zurückgreifen könnte. Es wird vorgeschlagen, die Kunststiftung NRW mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu betrauen. Die Kunststiftung NRW sollte zu diesem Zweck mit drei zusätzlichen Stellen (Leitung, Referentin/Referent, Sekretariat) ausgestattet werden, um die zahlreichen Aufgaben effektiv bearbeiten zu können.

Empfehlung:

10. Optimierung von Aus- und Fortbildung im Bereich von Kunst und Medien.

Ziel dieser Empfehlung ist, das Verständnis von Kunst und Kultur und die Kompetenz ihrer Vermittlung in den Medien als systematischen, integralen Bestandteil in möglichst vielen oder gar allen Ausbildungsgängen von Journalisten zu etablieren. Auf der anderen Seite sind an einschlägigen Ausbildungsstätten im Bereich von Kunst und Kultur Studiengänge zur medienadäquaten Vermittlung der dort vermittelten Inhalte anzubieten. Auf beiden Seiten sollen Grundverständnis und Grundkenntnisse vermittelt und verstärkt werden. Dies könnte etwa bei der Aus-

bildung von Volontären in Verlagen und Rundfunkanstalten durch verbindliche Theorie- und Praxisangebote bezogen auf Kunst und Kultur erreicht werden. Kultur als einer der zentralen Bereiche der Lebensgestaltung muss Pflichtstation innerhalb der Ausbildungsgänge werden – in mindestens ebenso ausgeprägtem Maße wie dies Politik, Wirtschaft oder Sport in der Regel sind.

Schon die Auswahl von Volontärinnen und Volontären sollte zu einem bestimmten Teil unter dem Gesichtspunkt der Kulturkompetenz erfolgen. Neben der gezielten Förderung des Journalistennachwuchses in anderen Fachbereichen sollte auch die Ausbildung im Sektor Kunst und Kultur planvoll gestaltet und verfolgt werden. Innerhalb der Einrichtungen des Landes zur Ausbildung von Medienschaffenden und Journalisten ist ein deutlich stärkeres Augenmerk auf Kunst und Kultur und ihre Vermittlung zu richten. Dies kann durch entsprechende Vorgaben in den Lehr- und Ausbildungsplänen unterstützt werden.

In den Ausbildungsgängen für Kulturschaffende ist das Augenmerk verstärkt auf Medien- und Vermittlungskompetenz zu richten. Es ist notwendig zu begreifen, dass Kunst und Kultur sich nicht allein und automatisch vermitteln, sie vielmehr der aktiven und planvollen Vermittlung bedürfen – auch und ganz gezielt durch Kulturschaffende selbst beziehungsweise durch einschlägige Vertreter auf dieser Seite des Kommunikationsgeschehens. Bei der Umsetzung dieser Empfehlung kann der zweite Bericht des Medienrates der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2006 wichtige Anregungen und Hilfen geben.

III. Schlussbemerkung

Die hier vorgeschlagenen Projekte und die Empfehlungen haben unterschiedliches Gewicht. Sie ergeben aber zusammen ein so breites und starkes Fundament für die ästhetische und einen Teil der intellektuellen Kultur des Landes, dass ihre Realisierung, und schon ihre teilweise Realisierung, nicht nur Sichtbarkeit, sondern auch Substanz und Nachhaltigkeit verspricht. Die Kommission hat ihren Auftrag für jetzt zu verwirklichende, aber weit in die Zukunft reichende Vorschläge mit Respekt vor der Landesregierung und der Kunststiftung NRW übernommen, die durch diesen Auftrag den Willen zu sichtbaren Anstrengungen bezeugen, die Kulturlandschaft NRW grundlegend zu stärken. Alle Vorschläge und alle Empfehlungen, auch wenn sie an Altbewährtes und Bestehendes anknüpfen, stützen deshalb den Willen zur Veränderung, aus dem allein jenes scharf gezeichnete kulturelle Profil entstehen könnte, das überregionale, europaweite und sogar internationale Aufmerksamkeit verspricht. Es ist wohl deutlich geworden, dass für die hier umrissene Entwicklung der ästhetischen Kultur in Nordrhein-Westfalen, die freie Entfaltung ermöglicht und Kreativität fördert, der Wille zur Spitzenförderung vorhanden sein muss, diese Spitze aber auf einem breiten und soliden Fundament regionaler Kunstzentren ruhen sollte. Das Land hat jetzt die Chance, genau identifizierte künstlerische und kulturelle Schwerpunkte so zu fördern, dass NRW etwa innerhalb einer Dekade in einem Atemzug mit den kulturellen Metropolregionen Europas genannt zu werden verdient. Die Vorschläge zielen darauf, Spitzenleistungen zu ermöglichen und Anreizsysteme zu schaffen, die nicht nur nach außen, auf die europäische Vernetzung des Landes, sondern auch nach innen, auf den Zusammenhalt seiner Bewohner, wirken.

Die Verwirklichung der Projekte und die entschlossene Verfolgung der vorgebrachten Empfehlungen ist nicht umsonst zu haben. Sie kostet Geld. Doch werden insbesondere die jungen Menschen des Landes für solche Investitionen in ihre Zukunft dankbar sein. Wenn die zur Debatte stehenden Projekte, die – je nach dem Grad der Realisierung – innerhalb von etwa zehn Jahren auch dreistellige Millionenbeträge erfordern können, in Beziehung gesetzt werden zur wirtschaftlichen Gesamtkraft des Landes, bleiben die Ausgaben durchaus im Rahmen und werden für einen Wertebereich aufgewendet, der unter anderem so rare, aber lebensnotwendige Güter fördert wie den sozialen Frieden, den Zusammenhalt der Generationen und, statt des Kulturenkonflikts, wie von selbst nachbarschaftlich entstehende, interkulturelle Lerngemeinschaften.

Die Kommission ist sich bewusst, dass die fordernde und mit bewusster Entscheidung für Schwerpunktsetzung (und damit für eine gewisse Einseitigkeit) vorgelegte Ideenskizze kontrovers diskutiert werden wird. Aber diese Diskussion wäre der erste Schritt, um die auf Verwirklichung, nicht allein auf Versprechen ausgerichteten Reformen ins Werk zu setzen. Für eine solche, keineswegs bescheidene, Reformpolitik muss auch geworben werden; dies vor allem in einer Zeit, in der die Menschen an exzessive Konsumwerbung gewöhnt sind. Zu denken ist an einen entsprechenden Internetauftritt, an ein Logo und an andere großflächige, auf längere Frist hin angelegte Werbemaßnahmen für »Kunst NRW«, die professionell gestaltet und daher einer leistungsfähigen Agentur anvertraut werden müssen.

Während der Arbeit wurde allen Mitgliedern der Kommission sehr deutlich, welche enormen Anstrengungen schon jetzt Städte und Gemeinden, Landschaftsverbände, Stiftungen, private Sponsoren etc. unternehmen, um Kunst und Künstler in NRW zu fördern, um die Kunstlandschaft NRW zu erhalten und zu entwickeln. Wenn diese Anstrengungen im vorliegenden Aktionspapier nicht angemessen gewürdigt werden, so liegt dies einmal daran, dass es unmöglich ist, alle Details der verzweigten Kunstlandschaften zu kennen, vor allem aber am Charakter des vorliegenden Papiers, das fordert, empfiehlt und projiziert, nicht so sehr das schon Bestehende beurteilt. Die Vorschläge wären allerdings missverstanden, wenn die Akteure und die Träger kultureller Einrichtungen es so läsen, dass sie nun in ihrem Engagement für die ästhetische und die intellektuelle Kultur des Landes nachlassen könnten. Im Gegenteil: die Kommission erwartet, dass ihre Vorschläge und Empfehlungen einen Synergieeffekt auslösen und diese Akteure sich mit dem Land als eine Gemeinschaft verstehen, die das kreative Potenzial Nordrhein-Westfalens in einer neuen Aufschwungphase nun entschieden stärken und vermehren kann. Das Fenster der Gelegenheit wird nur für einen kurzen Zeitraum geöffnet sein. Alle verantwortlichen Akteure sollten deshalb jetzt beherzt und zuversichtlich die ihnen gebotenen Möglichkeiten nützen. Auf Visionen hat die vorliegende Handlungsskizze nicht von vornherein verzichtet. Nur wer das unmöglich Scheinende will, wird das Mögliche erreichen. Das Mögliche nämlich liegt immer näher, als jene glauben, die Visionen und Zukunftsprojekte allein im Land der Phantasie erlauben.

C. ANHANG

I. Die Mitglieder der Kommission – Kurzbiographien

DR.-ING. E.H. HEINZ DÜRR

Unternehmer, Berlin

(Jahrgang 1933), Ingenieur-Studium an der Technischen Universität Stuttgart (1954–1957), Vorsitzender des Vorstandes der AEG Aktiengesellschaft (1980–1990), Mitglied des Vorstandes der Daimler Benz AG (1986–1990), Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn (1991–1994), Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Bahn AG (1994–1997), Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG (1997–1999), Stiftungskommissar der Carl-Zeiss-Stiftung (1999–2003), zur Zeit Aufsichtsratsvorsitzender: Dürr AG, Stuttgart; Dürr Systems GmbH, Stuttgart; ADC Krone Deutschland, Berlin. Vorsitzender des Kuratoriums der Heinz und Heide Dürr Stiftung GmbH.

FRANK BAUMBAUER

Intendant Münchner Kammerspiele

(Jahrgang 1945), Studium der Germanistik, Soziologie und Theaterwissenschaften an der Universität München, Regieassistent am Düsseldorfer Schauspielhaus (1970–1972), Leiter des künstlerischen Betriebsbüros am Bayerischen Staatsschauspiel (ab 1975), persönlicher Mitarbeiter des Intendanten (ab 1980), Schauspiel-direktor am Bayerischen Staatsschauspiel (ab 1983). Stellvertreter des Intendanten am Stuttgarter Schauspiel (1986/87), Direktor des Theaters Basel (1988–1993), Intendant des Hamburger Schauspielhauses (1993–2000), Schauspielleiter der Salzburger Festspiele (1999–2001), Intendant der Münchner Kammerspiele (seit 2001).

DR. HARALD FALCKENBERG,

Jurist und Sammler zeitgenössischer Kunst, Hamburg

(Jahrgang 1943), Jurastudium in Berlin und Hamburg, Promotion (1972), seit 1979 Geschäftsführer in einem Hamburger Familienunternehmen, 1992 Berufung zum ehrenamtlichen Richter am Hamburger Verfassungsgericht, seit 1999 Vorsitzender des Kunstvereins im Hamburg, seit 2001 Phoenix Kulturstiftung/Sammlung Falckenberg in Hamburg-Harburg mit regelmäßigen Wechselausstellungen und einer Präsentation der Sammlung.

PROF. DR. WOLFGANG FRÜHWALD

Ehrenpräsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, Augsburg

(Jahrgang 1935), Studium der Germanistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Promotion (1961), Habilitation (1969), Assistent und Dozent an den Universitäten München, Bochum, Erlangen-Nürnberg und Münster in Westfalen. Professor für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Trier/Kaiserslautern (1970), seit 1974 Professor für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der LMU München. Emeritiert 2003. Gastprofessor am Department of Germanic Studies der Indiana University (Bloomington, Indiana, USA, 1985), Gastprofessor an der Fakultät für Chemie der Universität Frankfurt a.M. (1999), Gutenberg-Stiftungsprofessor an der Universität Mainz (2003). 1992–1997 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Mitglied des Rates für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler 1994–1998. Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung 1999 bis 2007.

PROF. DR. HEINZ GLÄSSGEN

Intendant, Radio Bremen

(Jahrgang 1943), Studium der Philosophie, Theologie, Geschichte und Politik in Tübingen, Bonn und Wien. Promotion über Rundfunkgeschichte 1945–1962, 1970 Fernsehbeauftragter der katholischen Kirche beim SDR und Leiter der Fachredaktion für Medienarbeit, 1980 Mitglied des Rundfunkrats des SDR, 1981 stellvertretender Vorsitzender, 1985 Norddeutscher Rundfunk, Abteilungsleiter und stellvertretender Hauptabteilungsleiter »Bildung«, 1990 Leiter der Hauptabteilungen »Kultur und Wissenschaft« und »Bildung«, später Programmbereich Kultur, 1990 stellvertretender Programmdirektor Fernsehen, 1999 Intendant von Radio Bremen.

PROF. DR. MICHAEL HUTTER

Wissenschaftszentrum Berlin

(Jahrgang 1948), Studium der Mathematik an der Universität München und an der Portland State University, B.A. (1970), Studium der Wirtschaftswissenschaften an der University of Washington (Seattle), M.A. (1971), Promotion an der Universität München (1976), Habilitation in München (1986). Lehrstuhl für Theorie der Wirtschaft und ihrer Umwelt an der Universität Witten/Herdecke (1987). Leiter des Institutes für Wirtschaft und Kultur (seit 1990). Dekan der Wirtschaftsfakultät (1992–2003), Präsident der Association for Cultural Economics International (ACEI). Mitherausgeber der Zeitschrift »Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie«. Fellow im Wissenschaftszentrum Berlin (seit Herbst 2007).

GABRIELE RÖTHEMEYER

Geschäftsführerin Medien- und Filmgesellschaft (MFG), Stuttgart

(Jahrgang 1947), Studium der Germanistik, Theater- und Zeitungswissenschaft in München. Redakteurin und produzierende Feature-Autorin im Bildungsprogramm des NDR bzw. ZDF (1975–1981). Dramaturgin, Producerin und freie Autorin für Fernseh/Film-Produktionen bis 1995, seit Herbst 1995 Geschäftsführerin der MFG Filmförderung Baden-Württemberg. Präsidentin des Internationalen Filmkunsttheaterverbandes C.I.C.A.E., Mitglied in Gremien der Filmförderung u.a. des Bundesministerium des Innern (1978–1993) und der Filmstiftung NRW (1991–1994) sowie im Vorstand diverser europäischer Förderprogramme.

PROF. DR. HANS-PETER SCHWARZ

Gründungs-Rektor der Zürcher Hochschule der Künste

(Jahrgang 1945), Studium der Visuellen Kommunikation, der Kunstgeschichte, Neueren Deutschen Literatur und Europäischen Ethnologie in Bielefeld und Marburg. Promotion (1982). Kustos am Deutschen Architekturmuseum Frankfurt (1983–1990). Direktor des Medienmuseums am Zentrum für Kunst- und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM) (1992–2000), Professur für Kunstgeschichte an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe (seit 1994). 2000–2005 Rektor der Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich und Museum für Gestaltung Zürich. Seit 2005 Gründungs-Rektor der Zürcher Hochschule der Künste. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Architektur- und Kunstgeschichte und zur Kulturgeschichte der Moderne.

DR. ALBERT SPIEGEL

Botschafter a.D., Bonn

(Jahrgang 1940), Studium der Chemie, danach Jura in München, Mainz und Freiburg. Promotion 1969. Eintritt in das Auswärtige Amt 1970. Kultur- und Konsularreferent an der Botschaft Lagos (1972–1974), Referent in der Politischen Abteilung (Nato-Referat, 1974–1977), Kulturreferent in Israel (1977–1980), Referent in der Kulturabteilung (1980–1984), Ausbildungsleiter für den Höheren Auswärtigen Dienst (1984–1987), Ständiger Vertreter an der Botschaft Stockholm – Politik und Presse (1987–1990), Kulturreferent an der Botschaft Paris (1991–1993), Referatsleiter Wissenschaft und Hochschulen im Auswärtigen Amt (1994–1998), stellvertretender Leiter (1998/99) und dann Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes (1999–2002), Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen (2002–2005).

DR. ELMAR WEINGARTEN

Intendant Tonhalle Zürich

(Jahrgang 1942), Studium der Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und Soziologie in Köln, Diplom (1968), Promotion zum Dr. rer. soc. an der Universität Konstanz 1975. Leiter der Musikabteilung der Berliner Festspiele GmbH (1985–1990), Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin (seit 1990), Intendant der Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH Berlin (seit 1994), Intendant des Berliner Philharmonischen Orchesters (seit 1996). Sprecher des Rates für die Künste Berlin (1998–2001), Hauptgeschäftsführer der Deutschen Ensemble Akademie und des Ensemble Modern Frankfurt (2001–2005), Kurator des Hauptstadtkulturfonds Berlin (2006), Intendant des Tonhalle-Orchesters Zürich (seit 2007).

BARBARA WEIDLE

Journalistin/Verlegerin, Bonn und Berlin

(Jahrgang 1957), Studium der Kunstgeschichte in Bonn (M.A.). Aufbaustudium Journalismus in Mainz. Seit 1988 Exilforschung. 1990–1996 Kunst-Redakteurin beim General-Anzeiger Bonn. Seit 1996 Kuratorin und Verlegerin. Zahlreiche Beiträge für Tageszeitungen, Internetmagazine, Katalog- und Lexikon-Artikel zur zeitgenössischen Kunst und zur Klassischen Moderne. Reporterin artnet.com (seit 1998). Kolumnistin »The Brooklyn Rail« (2006). Ausstellungen und Herausgabe von Publikationen zu Erna Pinner (1997), Marianne Werefkin (1999) und Anna Mahler (2004). Zuletzt: »Ein Literat und Gentleman. Der Verleger Kurt Wolff« (2007).

II. Dank

Die Arbeit der Kommission wurde von vielen Einzelpersonen und Institutionen unterstützt. Den Mitarbeitern der Kulturabteilung in der Staatskanzlei NRW, den Mitarbeitern der Kunststiftung NRW, des Literaturbüros NRW, Düsseldorf, der Kultursekretariate Wuppertal und Gütersloh, der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, von Ruhr 2010, des Deutschen Bühnenvereins, Köln, des Instituts für Museumskunde, Berlin, der VG Bild-Kunst Bonn, der Stiftung Insel Hombroich, Neuss, PACT Zollverein, Essen, Klartext Verlag Essen, sei herzlich gedankt. Ebenso den vielen anderen Fachleuten und Kulturschaffenden aus Nordrhein-Westfalen, die sich die Zeit für Gespräche und Diskussionen genommen oder Materialien zur Verfügung gestellt haben.

Impressum

Auftraggeber:

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Kunststiftung NRW

Redaktion:

HEINZ DÜRR, BARBARA WEIDLE

Gestaltung:

LMN Berlin | Leipzig

Herstellung:

Hausstaetter, Berlin

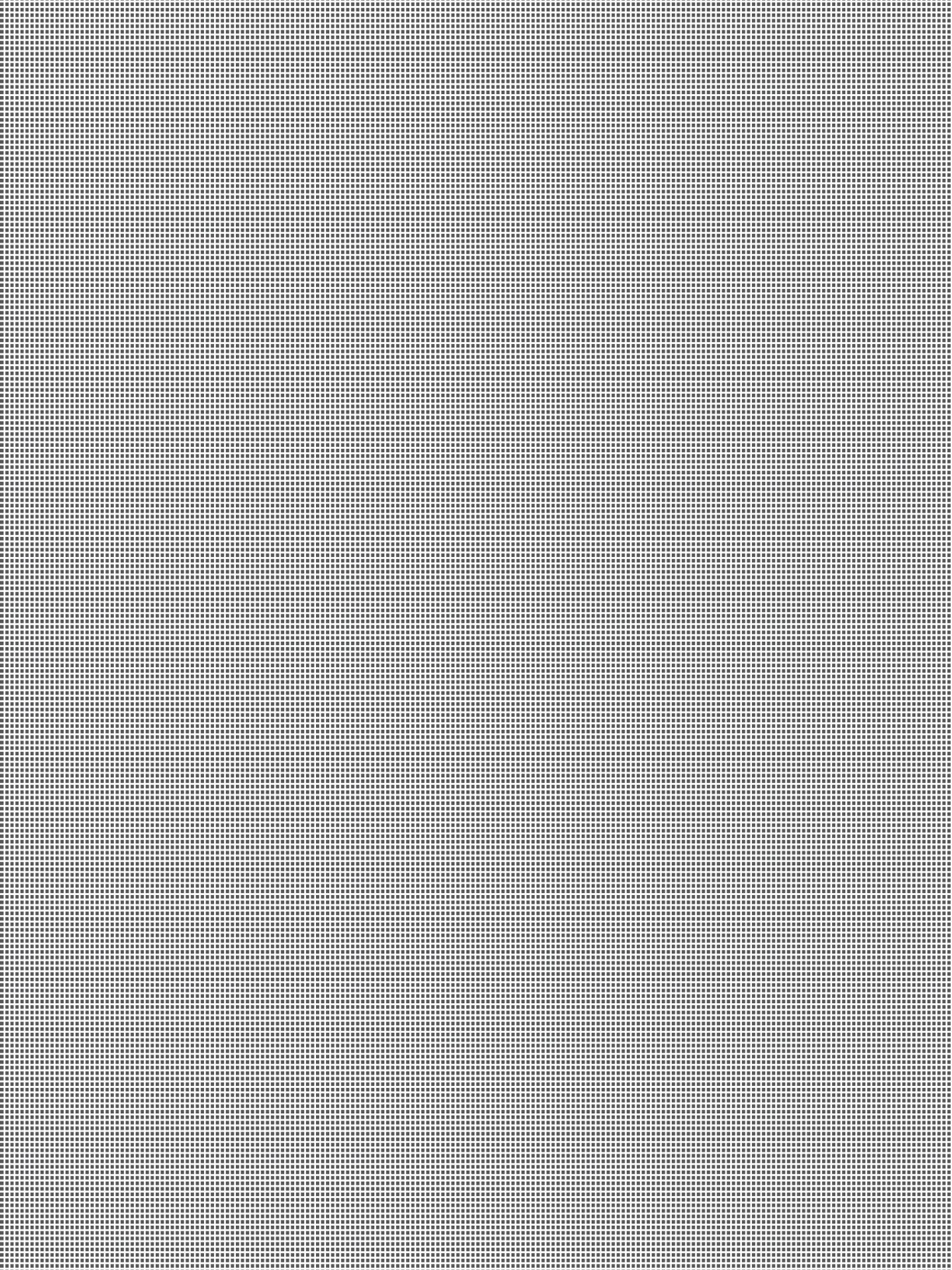
Düsseldorf, Juni 2008

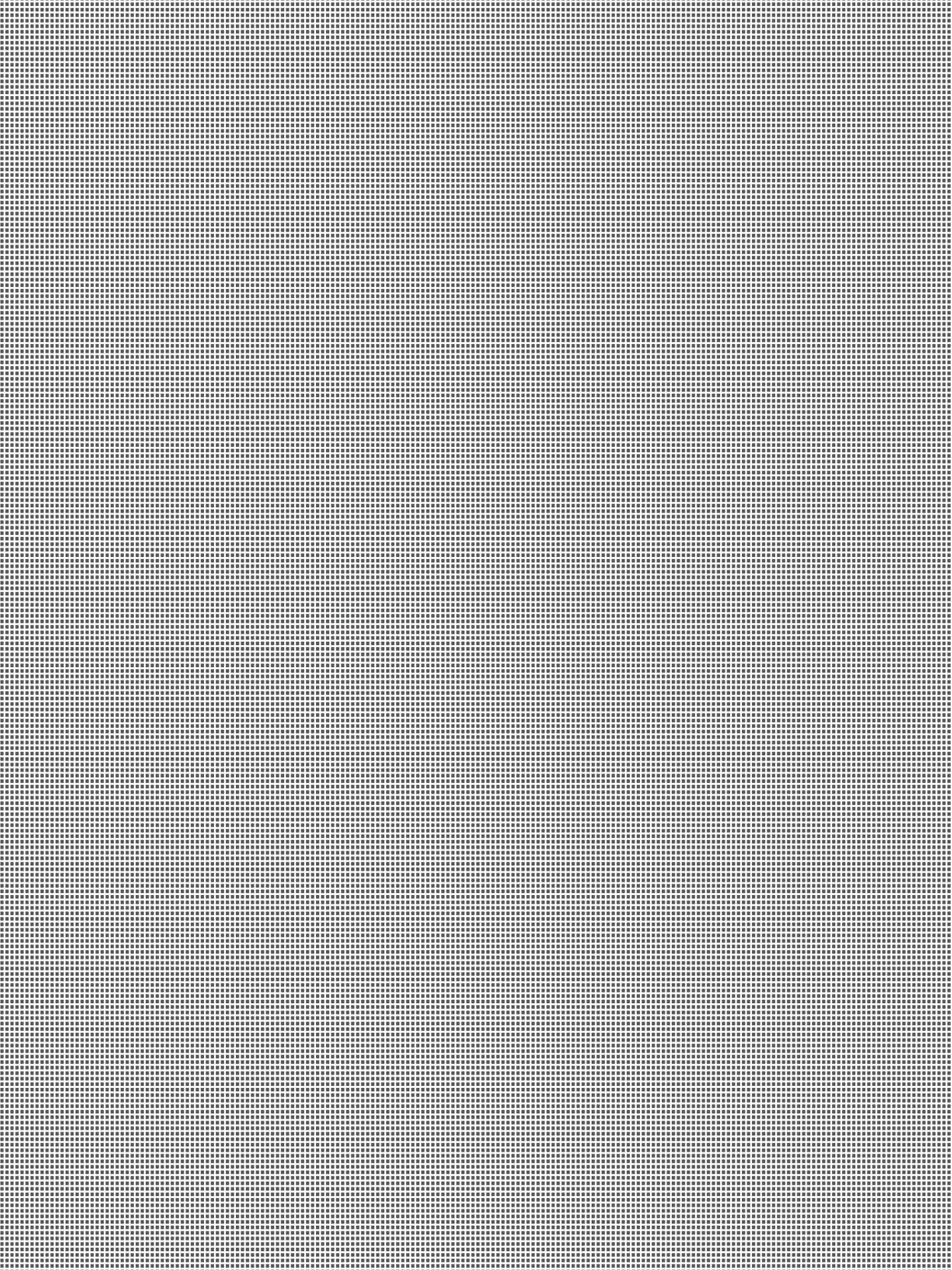
© Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
und Kunststiftung NRW

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



KUNSTSTIFTUNG ➔ NRW





Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



KUNSTSTIFTUNG → NRW
